

umweltfairbund

Das Magazin für Verkehr und Umwelt in der Region Starkenburg

Wahljahr 2009
Jetzt erst recht:
Wählen gehen für Natur,
Umwelt und Klimaschutz!

Landtagswahl am 18. Januar 2009

Mitgliederversammlungen:

ADFC Bergstraße am 19. Februar 2009

BUND Darmstadt am 23. März 2009



Liebe Leserin, lieber Leser,

schon wieder: Wählen gehen! Dass es notwendig ist, für Natur, Klimaschutz und Umwelt einzutreten, hat uns das letzte Jahr drastisch verdeutlicht. Klar formulierten Wissenschaftler, dass durch den Klimawandel nicht nur Eisbären vom Aussterben bedroht sind sondern auch unsere Tiere und Pflanzen sich nicht so schnell wie es nötig wäre an veränderte Lebensbedingungen anpassen können und daher aus unserer Umwelt verschwinden. Wir haben keine Zeit zu verlieren, um die Auswirkungen unseres Handelns – auch für uns Menschen – zu mildern. Eine Energiewende weg von Atom- und Kohlestrom hin zu Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, insbesondere von Sonne und Wind, tut bitter not. Die Endlagerung des nahezu unendlich lange strahlenden Atom Mülls ist noch lange nicht geklärt, trotzdem wollen allen voran CDU und FDP, dass durch längere Laufzeiten noch mehr gefährlicher Müll erzeugt wird. Immerhin, alle im letzten Landtag vertretenen Parteien setzen sich jetzt – allerdings mit höchst unterschiedlichen Vorstellungen zu Maßnahmen und Zielsetzungen – für eine bessere Ausnutzung von Energie ein.

Beim Vergleich der Wahlprogramme schneiden dabei SPD, Grüne und Linke deutlich besser ab als CDU und FDP. Allerdings, das konnten Umweltinteressierte im Zeitraffer im letzten Jahr erleben, die Lobby der großen Energiekonzerne lässt die Muskeln spielen, wenn unfreundliche, dezentral erzeugte Energien gekoppelt mit Sparprogrammen zum Regierungsprogramm werden soll. Unglaublich meinen Umweltschützer, denn Klimaschutz ist unerlässlich! Aber Energieeinsparung im Haushalt und in der Industrie sollte dann nicht durch Milliardenprogramme im (Neu-)Straßen- und Flugplatz(aus)bau konterkariert werden. Auch hier gibt es Unterschiede in den Wahlprogrammen. Es lohnt sich der Vergleich, denn auf den Inhalt kommt es an.

In diesem Sinne, gehen Sie wählen – gerade jetzt für Umwelt und Klima! Das Lesezeichen des BUND nennt Ihnen wichtige Anhaltspunkte für Ihre Wahlentscheidung,

Ihre Hanna Wittstadt

Impressum

Herausgeber:

umweltfairbund SÜDHESSEN ist die Zeitschrift des Verkehrsclubs Deutschland (VCD), KV Darmstadt-Dieburg e.V., Darmstadt, Groß-Gerau, Bergstraße, Odenwald, des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC), Darmstadt e.V., Bergstraße e.V., Odenwald, Groß-Gerau und des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) OV Darmstadt, KV Odenwald

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Bezugspreis: für Mitglieder im Beitrag der Verbände enthalten; für Nichtmitglieder 6,40 Euro im Jahr, Einzelheft 1,60 Euro

ufb-Bankverbindung Konto 23 010 758 bei der Sparkasse Darmstadt BLZ 508 501 50

ufb-Abo Abbuchungserlaubnis (siehe Rechnungsfragen) oder Einzahlung von 6,40 Euro mit Adressangabe

Spenden: direkt an die Mitgliedsverbände, siehe Kontaktseite hinten im Heft

Redaktion: Anschrift, Fax, eMail, Fon siehe unten und Kontaktseite bei ADFC, BUND, VCD
ViSdP Peter Rieken (pit), Brigitte Martin (bm), Uwe Schuchmann (uds), Linda Smith (lis), Frank Ludwig Diehl (fld), Jörg Urban (JUr), Christian Eckert (ce), Dirk Schmidt (ds), Harald Hoppe (hh), Claudia Wasmund (cw), Burkhard Walger (bw), Hanna Wittstadt (hw), Petra Degenhard (pd), Stefan Spiekermann (stsp).

Titelfoto: pixelio, Montage Erik O. Martin

Nr. 4/2008 - 16. Jahrgang

Verlag:

VCD Verlag umweltfairbund,
Lauteschlägerstr. 24, 64289 Darmstadt

Satz und Layout:

Burkhard Walger, Brigitte Martin
Belichtung und Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH, 64291 Darmstadt-Arheilgen

Adressänderungen:

bitte den Mitgliederverwaltungen der Verbände mitteilen (siehe Kontaktseite am Heftende)

Rechnungsfragen:

Jürgen Eckwert
Weidenteilung 8, 64342 Seeheim-Jugenheim
Fon 06257 869393
eMail jeckie@t-online.de

Anzeigen/Technik:

Brigitte Martin, Dreieichweg 11, 64291 Darmstadt
Fon 06151 37931 • Fax 06151 37934
eMail brigitte.martin@bund.net

Auflage:

4.300 Exemplare
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier Reprint 130g (Umschlag) und Resaoffset 80g (Innenteil).
Es gilt die Preisliste Nr. 6 vom 01.01.2008

Anzeigenschluss 1-2009 am 20.02.2009

Redaktionsschluss 1-2009 am 06.03.2009

Das nächste Heft erscheint am 10. März 2009.

Nachdruck mit Quellenangabe und gegen Belegexemplar gerne gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht die Meinung der Redaktion dar.

Postvertriebsstück D 9866

ISSN 1611-1362

Schwerpunkthema Landtagswahl

Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009	3
Runder Tisch Radverkehr besteht weiter	8
Podiumsdiskussion „Typisch Darmstadt“	8
Radweg Felsnase: Der ADFC-Darmstadt wirft Verkehrsminister Riehl Wortbruch vor	8
ADFC-Landesversammlung in Rüsselsheim	9
Umleitung für Radfahrer	9
Radweg Grabenstraße nicht mehr benutzungspflichtig	9
Mitarbeiter für Projektgruppe "Fahrradregion Ostkreis" gesucht.	9
Fahrrad-Verkehrsschau in Bensheim	10
Einladung zur Mitgliederversammlung des ADFC Bergstraße	10
Neue Schnell-Straßenbahn an die Bergstraße - VCD begrüßt die neue schnelle Verbindung	11
Bahnprivatisierung: für Volker Sparmann „Freibrief für die Instandhaltung nach Gutsherrenart“	11
Großer Plan Modernisierung der Odenwaldbahn	12
VCD Hessen: Luffahrt weltweit im Umbruch - Sinkende Passagierzahlen stellen Flughafenausbau in Frage	14
Regionaler Schienenverkehr	14
Energiespartipps für Fortgeschrittene	15
Noch sind Plätze frei bei der BUND Kinder-Umweltgruppe	16
Wintergemüse gegen Krebs	16
Mitglieder werben Mitglieder - Machen Sie mit!	16
Raumordnungsverfahren für Kohle-Kraftwerk Staudinger wird gestartet	17
Informationsveranstaltung Kinderkrebs um Atomkraftwerke	18
Gedanken zur Nordostumgehung und Verkehrspolitik in Darmstadt	19
Rubriken	
Editorial	2
Impressum	2
Monatliche Termine	17
Termine in der Region	21
Private Kleinanzeigen	22



Landtagswahl in Hessen am 18. Januar 2009

Wählen gehen - Klimaschutz wählen!

Wählen bis es passt? Dann doch lieber zu Hause bleiben, denn „ich kann doch nichts machen, die da oben machen doch was sie wollen“. Nein, meint der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), gerade dieses Mal muss allen politischen Parteien verdeutlicht werden, dass es uns allen wichtig ist, dass nicht weiterhin nur über Artenschwund und Klimawandel geredet, sondern dass konkrete Maßnahmen ergriffen werden, die Arbeitsplätze schaffen, die auf Erneuerbare Energien und auf Energieeinsparung setzen. Wer nicht wählen geht, gibt schon alles verloren. Gerade beim Vergleich der Wahlprogramme können Menschen, denen Natur und Umwelt auch für ihre Kinder und Enkel nicht gleichgültig sind, eine Menge Unterschiede entdecken.

bm . Erneut sind die Wahlberechtigten in Hessen aufgerufen, über die Zusammensetzung des Landtags zu entscheiden. Die bisherigen Umfragen gehen davon aus, dass auch im neuen Hessischen Landtag fünf Parteien vertreten sein werden. Parteien, die Koalitionen eingehen und damit aus einzelnen Wahl-Wunsch-Programmen ein Kompromiss-Regierungsprogramm verhandeln müssen. Ein von Natur- und Umweltschützern in weitaus überwiegenden Teilen als zukunfts-fähig bezeichnetes

Regierungsprogramm legten SPD und Grüne im Spätherbst 2008 vor. Neben gleichen Bildungschancen für Kinder, egal welcher Herkunft und Förderung auch nach der Krippen-, Kindergarten- und Grundschulzeit standen erstmals nach langer Zeit in Hessen in diesem Programm der beabsichtigten rot-grünen Regierung unter Duldung der Linken sozial-ökologische Belange im Mittelpunkt. Die Zusammenarbeit im Landtag von SPD, Grünen und Linken ermöglichte 2008 die Abschaffung der Studiengebühren. Und nicht

zuletzt die Proteste der Studierenden und der Bevölkerung haben jetzt dazu beigetragen, dass auch die Parteitage-delegierten von CDU und FDP mehrheitlich gegen die sofortige Wiedereinführung stimmten. Und, ein anderes Beispiel für den Einsatz der Bürger: auch die bisher allein regierende CDU hat gemerkt, dass Energieeffizienz und Erneuerbare Energien ein Thema der Menschen auch in Hessen sind und sie nicht umhin kann, auch etwas gegen den Klimawandel zu tun. Bisher konnte sich die Koch-Regierung damit zufrieden geben, Schlusslicht zu sein und zu bleiben.

Müsig die Spekulation darüber, was wäre wenn. Jetzt haben es die Wählerinnen und Wähler aber erneut in der Hand, eine Regierung zu wählen, die für eine Energiewende und eine ebenso wichtige Wende für den Naturschutz, den Verbraucherschutz und für eine ökologische Lebensmittelerzeugung ohne Gentechnik auf dem Acker eintritt. Neu ist an der jetzigen Situation für die Wahlberechtigten,

dass von den Parteien keine möglichen Koalitionen von vornherein ausgeschlossen werden, auch wenn es natürlich Wunschpartner gibt. Entscheidend darüber, wieviel Klimaschutz, wieviel Naturschutz und Stopp des Flächenverbrauchs durch immer neue Siedlungsgebiete und Verkehrsstrassen (-Verbreiterungen) umzusetzen gewagt wird, wird das Mehrheitsverhältnis und damit das Gewicht des Partei-Programms zueinander sein.

Fortsetzung nächste Seite



Fotomontage Pixelio

Eisbär Knut kann nicht wählen gehen, aber ohne mehr konsequenten Klimaschutz auch bei uns in Hessen würden seine Artgenossen außerhalb der Tiergärten bald im Eismeer untergehen.

„Doch jetzt wurde mir klar, dass die Umwelt wichtiger ist als alles andere“

Al Gore

Mehr Infos:

BUND-Brennpunkte zur Hessenwahl mit Positionen des BUND für eine zukunfts-fähige Politik für Hessen im Internet unter www.bund-hessen.de und www.hessenwahl.bund-hessen.de

Wählen gehen !

Klimaschutz

- für Energiesparen
- für erneuerbare Energien
- gegen AKW Biblis
- gegen neue Kohlekraftwerke
- gegen Flughafenausbau

Verbraucherschutz

- für Ökolandbau
- gegen Gentechnik auf dem Acker

Naturschutz

- für lebendige Vielfalt
- für Arten- und Biotopschutz
- für naturgemäße Waldwirtschaft
- gegen Flächenverbrauch
- gegen Landschaftszerschneidung



für ein
zukunfts-fähiges
Hessen



Aussagen der Parteien zu ausgewählten Bereichen

Energieversorgung und Energieeinsparung

CDU

CDU: setzt weiterhin auf Atomkraft und die langfristige Verlängerung der Laufzeiten von Biblis A und B sowie auf den Klimakiller Kohle in Großkraftwerken. Will das Kohlekraftwerk Staudinger ausbauen, obwohl nur ein sehr kleiner Teil der Abwärme bei der Verstromung genutzt werden kann. In den Regionalplänen wurden Flächen für Windkraftnutzung zum Teil entgegen den Entwürfen drastisch reduziert. Wirklich innovative Satzungen zur Energieeinsparung und Sonnenenergienutzung wie in Marburg werden massivst behindert obwohl die Hausbesitzer nur bei Neu- oder Umbauten sich die Energiesparform durch die Nutzung von Solarenergie oder eine bessere Wärmedämmung aussuchen könnten. Die CDU setzt insbesondere auf Agrar- („Bio“)masse, und Geothermie.

FDP

Die Liberalen

FDP: setzt ebenfalls auf Atomkraft und die langfristige Verlängerung der Laufzeiten von Biblis A und B sowie auf den Klimakiller Kohle in Großkraftwerken. Bei der Atomenergienutzung setzt die FDP noch mehr Akzente: Im Wahl-

programm der FDP steht sogar die Aufforderung, ein neues Atomkraftwerk am Standort Biblis zu bauen. Sie hat viel Hoffnung, dass die Zukunftstechniker es schon richten werden mit der CO₂-Einsparung bei gleichzeitiger Entwicklung neuer Technologien wie der Kernfusionsforschung.



SPD: lehnt eine Laufzeitverlängerung der „Schrottreaktoren“ in Biblis ab, ebenso den Neubau von Kohlegroßkraftwerken wie Staudinger oder das Kraftwerk auf der Ingelheimer Aue. Sie will Hessen zum Vorreiter einer neuen Energiepolitik machen. Beim Umstieg auf Erneuerbare Energien gibt die SPD klare Ziele und Zeitvorstellungen an. Viele der SPD-Ansätze finden sich wieder in der Energiepolitischen Position des BUND.



Grüne: Sie treten wie die SPD für eine echte Energiewende ein, mit klarer Ablehnung von Atomkraft- und Kohle-



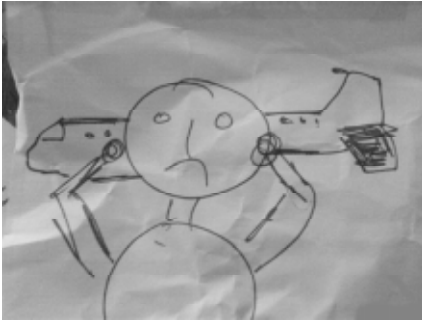
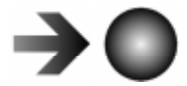
Klima schützen!
Ich bin dabei.

großkraftwerken. Auch hier die realistische Einschätzung der Entwicklung der Versorgung mit Erneuerbaren Energien in einem Mix von Sonne, Wind, umweltverträglicher Agrarrest- und Forstrestmassennutzung sowie Wasserkraftnutzung, wo ökologisch vertretbar, Geothermie (wo sinnvoll) und vor allem der Energieeffizienz mit Auflage von Förderprogrammen (energetische Sanierung von Gebäuden, Bereitstellung öffentlicher Dächer für Solaranlagen usw.).

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

Linke: Sie stellt fest, dass Energiewende und Klimaschutz keine Frage des technisch Machbaren sondern des politischen Willens sind. Wie SPD und Grüne vertreten sie eine Energiewende weg von fossilen Brennstoffen hin zu dezentral erzeugten Erneuerbaren Energien und sozialverträglicher Energieeinsparung. Stromerzeugung anstatt Stromverbrauch bei Kläranlagen sollen beispielsweise gefördert, Kraftwärmekopplung selbstverständlich werden.

Der BUND begrüßt, dass alle Parteien sich mehr (SPD, Grüne, Linke) oder weniger (CDU, FDP) sich für Energieeffizienz aussprechen. Klare Klimaziele benennen dabei nur SPD und Grüne. Mehr im Internet unter www.hessenwahl.bund-hessen.de



Fliegen macht Krach und schädigt das Klima, neue Landebahnen vernichten Lebensräume.

Flughafenausbau & Nachtflugverbot

Beim Neubau und Ausbau der Flugplätze Frankfurt und Kassel-Calden sind sich CDU und FDP einig: so wie es in den Planfeststellungsbeschlüssen steht, soll ausgebaut werden. Das Versprechen der Landesregierungen von CDU/FDP und CDU an die Region um Frankfurt „Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot“ (und das nur in der sogenannten Mediationsnacht zwischen 23 und 5 Uhr) wurde brutalstmöglich gebrochen. Eine Deckelung der Flugbewegungen für künftige Ansprüche der Wirtschaft ist nicht vorgesehen.

Die SPD will in einem ergänzenden Verfahren zumindest das Nachtflugverbot in Frankfurt durchsetzen. Kassel-Calden soll nach dem Willen der SPD ausgebaut werden, obwohl er nur schwerlich wirtschaftlich sein kann.

Grüne und Linke lehnen den Ausbau gänzlich ab, da die Region um Frankfurt heute schon an der Grenze der Be-

lastbarkeit angelangt ist und Kassel-Calden ein Zuschussbetrieb des Landes bleiben würde.

Die Grünen erreichten überdies im Herbst 2008 das Zugeständnis der SPD bei einer möglichen Regierungsmehrheit, dass der Ausbau Kassel-Calden nochmals überprüft wird - auch dahingehend, ob eine Modernisierung nicht zielführender wäre.

Den Gerichtsverfahren um den Ausbau des Frankfurter Flughafens wollten SPD und Grüne den unnötigen Zeitdruck nehmen im für Laien schwer durchschaubaren Verfahren um mögliche Waldvernichtungsrodungen nach einem eventuellen Entscheid des Hessischen Verwaltungsgerichtes im gerade anstehenden Eilverfahren. Die Grünen vereinbarten hierzu mit der SPD ein Stillhaltemoratorium bis zum Jahresende 2009 wobei anzunehmen war, dass bis dahin schon in der Hauptsacheverhandlung beim Hessischen Gericht entschieden wurde.

Mit CDU und FDP sind diese politischen Initiativen nicht zu machen - auch nicht angesichts des diesjährigen Rückgangs bei Passagieren und Fracht, das nach Ansicht von Flugsachverständigen der Wirtschaft sich auch im nächsten und in 2010 fortsetzen wird und schon allein von daher der Frankfurter Flughafen keinesfalls schon 2011 an seine Kapazitätsgrenze gelangen wird.

Festlegungen zum neuerlichen Ausbau des Egelsbacher Flugplatzes mit Beseitigung des gerade neu angelegten Bachlaufs wurden in den Wahlprogrammen der Parteien nicht getroffen.

Straßenverkehrsplanungen

Auch hier: CDU und FDP halten an allen Planungen zum Bau und Ausbau neuer Autobahnen und Bundes- sowie Landesstraßen uneingeschränkt fest und versprechen weiterhin die Bereitstellung von Finanzmitteln. Ministerpräsident Roland Koch wirft den Umweltverbänden, insbesondere dem BUND, öffentlich in den Medien „Guerillamethoden und ideologische Verblendung vor“, da der BUND vor dem Verwaltungsgerichtshof Natur-Eingriffs- und (als unzureichend festgestellte) Minimierungs- und Ausgleichsplanungen gerichtlich überprüfen lässt. Bekanntlich musste das Land noch in der Schlussverhandlung bei der A44-Planung gehörig nachbessern, um das Verfahren zum betreffenden Abschnitt nicht zu verlieren. Das gesetzlich verbrieft Recht zu klagen, spricht der Jurist Koch dem BUND nicht ab, wiederholt aber seine Auffassung. Der BUND empfindet solche demagogischen Äußerungen eines Regierungschefs unerträglich. Vor langen Jahren vom BUND geforderte Alternativen zur Trasse und zur Autobahn 44 wurden bis heute nicht geprüft - das Festhalten an der ungenügenden Planung der Landesregierung verhindert bis heute die dringende Entlastung der Bevölkerung.

Die SPD befürwortet auch den Bau der A 44 - allerdings sah sie nach den Verhandlungen mit den Grünen die Notwendigkeit, eine verbesserte Planung der gesamten Strecke vor deren Baurealisierung vorzulegen.

Grüne und Linke lehnen den Bau der A 44 ab und plädieren für schneller realisierbare Ortsumgehungen, die der Bevölkerung mehr nützen. Die Grünen sprechen sich für ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen (die Linken für Tempo 130) und



www.pixelio.de, Michael Hirschka

Fortsetzung nächste Seite

CDU, FDP sowie SPD setzen auf den Ausbau und auf neue Straßen. Grüne und Linke setzen auf bessere Auslastung - nicht zuletzt durch ein Tempolimit



30 km/h in Wohngebieten von Städten und Gemeinden aus, wollen einen CO₂-Grenzwert für Autos von 120g/

km, und die Umwandlung der Kfz- in eine CO₂-Steuer unterstützen sowie Mautflucht auf Bundesstraßen unterbinden.

Auch wird von CDU und FDP an der A49 und der A4 zwischen Olpe und dem Hattenbacher Dreieck festgehalten. Und ebenso an der umstrittenen Rhönquerung (B 87 N), der von SPD und Grünen sowie den Linken abgelehnten Verbindung Fulda-Meiningen quer durch das Unesco Biosphärenreservat Rhön.

SPD, FDP, Grüne und Linke wollen den Fahrradverkehr wieder stärken. Im CDU-Programm werden keine Aussagen zum Fahrrad getroffen.

Öffentlicher & Schienen-Verkehr

Fehlannonce im Wahlprogramm der CDU. Die FDP widmet dem ÖV ein weites Kapitel mit altbekannten Planungen, deren Realisierung durch die einseitige Förderung der Straßen unter Ministerpräsident Koch immer weiter nach hinten geschoben wurde. Die FDP will den ÖPNV unter liberalen



(Wirtschafts-) Gesichtspunkten im Wettbewerb attraktiver gestalten, den Bürgern die Wahl des Verkehrsmittels überlassen: „jedes Verkehrsmittel soll zum Einsatz kommen, wo es am besten geeignet ist“. Eine Unterstützung (? wie auch immer) von Jobtickets wird zugesagt. Sie fordert die Einbindung Frankfurts in die ICE-Linie Paris – Warschau, sieht den Engpass im Kinzigtal: „eine schnelle Fernverkehrsstrecke mit Anschluss an die bestehende Neubaustrecke Fulda – Würzburg ist erforderlich, um die Anbindungen nach Frankfurt zu verbessern. Außerdem kann damit die Verbindung Hanau – Fulda aufgewertet werden.“ Zur ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Flugha-

fen – Darmstadt – Mannheim werden keine konkreten Aussagen gemacht. Die mittlerweile auch in der Planungsversammlung finanziell abgesicherte Regionaltangente West (sie verbindet die Main-Neckar-Bahn über den Flughafen Frankfurt mit Frankfurt-Höchst und darüber hinaus) wird ausdrücklich erwähnt.

Die SPD will den ÖV ebenfalls wieder mit Maßnahmen wie hessenweitem Schülerticket attraktiver machen und den Knoten Frankfurt auch durch Zubau von Schienenwegen im Regional- und Fernnetz sichern.

Die Grünen wollen Hessen zu einer Modellregion für nachhaltige Mobilität durch eine Verkehrswende machen, die CO₂-Emissionen des Verkehrsbezirks bis 2020 um 30 Prozent senken und „unter Beweis stellen, dass das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft so gestaltet werden kann, dass die negativen Folgen für Mensch und Umwelt minimiert, die wirtschaftliche Entwicklung gesichert und eine Teilhabe unabhängig vom sozialen Status und dem finanziellen Hintergrund ermöglicht werden.“

Die Linken wollen Bahn und ÖPNV besser und billiger machen und den ÖV für Berufsverkehre auch außerhalb der Ballungsräume stärken. Weitere Streckenstilllegungen sollen verhindert werden. Sie fordern eine hessenweite HessenCard und Nulltarife in den Innenstädten.

Land-und Forstwirtschaft, Naturschutz & Verbraucherschutz

Dieses Kapitel bei der CDU: „Die hessischen Land- und Forstwirte leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft und natürlichen Ressourcen. Daher sollen die Angebote des Landes allen Betriebsformen ohne einseitige staatliche Bevormundung zur Verfügung stehen. Ländliche Gebiete sind nach unserem Verständnis nicht nur Wohn-, Lebens-, Naturschutz- und Erholungsräume, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Neben der Dorferneuerung ist deshalb der weitere Ausbau der Infrastruktur und ganz besonders der DSL-Verfügbarkeit unsere vorrangige Zielsetzung. Die CDU setzt sich dafür ein, dass EU-Umwelt- und -Sozialstandards nicht zu Wettbewerbsnachteilen europäischer, deutscher und hessischer Unternehmen im globalen

Wettbewerb führen.“ Im Klartext: die CDU will den weiteren Abbau von Schutzvorschriften von Natur und Umwelt und die Vermarktung des Domänen-Hofgutes Beberbeck nördlich von Kassel als gigantischen Freizeit-zirkus.

Die FDP widmet diesem Bereich weitaus mehr wie Schutz durch Nutzung, Vertragslandwirtschaft und dergleichen. Aber auch hier wird nicht die dringend notwendige Agrarwende gesehen sondern das selbstbestimmte Wirtschaften. Immerhin: wo Gentechnik drin ist, soll es nach dem Willen der FDP auch draufstehen und nicht verschwiegen werden (wie beispielsweise bei Fleisch, bei dem die Tiere mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden). Der Schutz von (wildlebenden) Tieren und Pflanzen allerdings wird nicht um seiner selbst willen befürwortet sondern nur dort und dann, wenn Menschen ihn auch wollen und er Baumaßnahmen nicht im Wege steht. Der Wald soll wirtschaftlich sein.

Die SPD erkennt: „Das Land Hessen hat einen beispiellosen Abbau des Naturschutzes hinter sich. Mit mehreren Gesetzesänderungen wurden Schutzbestimmungen weitgehend abgebaut, ganze Schutzbereiche wurden aufgegeben, in anderen findet Naturschutz nur noch nach Kassenlage statt. Damit wird der natürliche Reichtum unseres Landes preisgegeben. Diese kurzsichtige Politik werden wir beenden. Wir werden ein neues Naturschutzgesetz vorlegen, in dem die Natur wieder zu ihrem Recht kommt.“ Auch die Wassergesetzgebung, die Pflege der Biotope und vieles mehr wird im SPD-Programm angeführt und sie will ein Landschaftsprogramm auf den Weg bringen, das der Natur wieder zu ihrem Recht verhilft. Menschen wieder für Natur durch Anschauung begeistern setzt sich die SPD als Ziel.

Die Grünen widmen in ihrem Programm diesem Themenkomplex den präzisesten und weitesten Raum aller fünf Parteien bis hin zu Umstrukturierungen der Verwaltungen, wenn sie dem Ziel dienen. Die Grünen wissen: „Der Schutz von Umwelt und Natur ist keine Schönwetteraufgabe, sondern muss auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Beachtung finden. Wir wissen aber auch, dass die Natur nur schützt, wer ihren Wert kennt und sie

zu schätzen weiß. Integriert in Ganztagsangebote und außerschulische Jugendbildung soll der Umgang mit Natur und Umwelt den notwendigen Stellenwert erhalten. Wir werden die Umweltbildung in Hessens Schulen und Kindergärten stärken und einen Ideenwettbewerb der Schulen für die kreativsten Konzepte dafür ausrufen.“ Natur-, Arten- und Wasserschutz, Bodenschutz, die Förderung des ökologischen Landbaus und die Ablehnung von Gentechnik auf dem Acker sind für die Grünen ebenso selbstverständlich wie die Schaffung von Vernetzungen für wandernde Tierarten auch durch Wildbrücken sowie die Bewirtschaftung der Wälder Hessens nach strengen Krite-

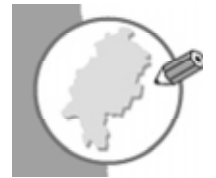
rien des Waldbewirtschaftungsrates Forest Stewardship Council (FSC).

Auch die Linken wollen den ökologisch verträglichen Landbau auch unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes und der Gewässergüte fördern, um auch so die Nachfrage nach gesunden, verbrauchernah erzeugten und dadurch preisgünstigeren Lebensmitteln weiter zu steigern. Agrotechnik lehnen sie ebenfalls klar ab und wollen Tier- und Naturschutzgesetz im Sinne von SPD und Grünen wieder ändern.

Ehrenamt

In Verbindung mit dem Ehrenamt sind bei CDU und FDP nur das im Sport auch das auf der Straße (Rettungs-

dienst) eine Erwähnung wert. Die SPD hingegen will zusätzlich die Naturschutzbeiräte wieder stärken und auch das Engagement ehrenamtlicher Natur- und TierschützerInnen. Ebenso sehen das die Grünen, die darüberhinaus in weiteren gesellschaftlichen Bereichen das Ehrenamt auch gesetzlich aufwerten und absichern wollen, um sich nicht nur in Sonntagsreden und hinter initiierten Leuchtturmprojekten zu verstecken. Auch die Linken wollen dem gesellschaftlichen Engagement - auch im Naturschutz - wieder mehr Stellenwert verschaffen.



Naturschutz geht uns alle an! Begehung der Ulvenbergdüne in Darmstadt-Eberstadt

Fazit

Bewegung ist - mehr oder weniger - zu spüren. Für ehrenamtlich Aktive im Umwelt- und Naturschutz, für Bürgerinnen und Bürger, denen unsere natürlichen Lebensgrundlagen wichtig sind und die (kleine) Erfolge im Klimaschutz noch selbst erleben wollen, ist es vor allem wichtig, diese Dinge auch in den Vordergrund der Gespräche mit Politikerinnen und Politikern zu rücken. Ein Mittel, die Stimme zu erheben ist die Wahl der Parteien, die sich mehr als andere dafür einsetzen und diese Werte in ihr Handeln mit einbeziehen. Daher: Gehen Sie wählen (auch wenn es Ihnen schwer fallen sollte)! Mehr Infos zu BUND-Positionen sind im Internet unter www.hessenwahl.bund-hessen.de

Mehr Informationen ...

zu den Zielen und Kandidierenden finden Sie an den Infoständen der Parteien und im Internet.



Stabilität, Kompetenz, Vertrauen – In Zeiten wie diesen notwendiger denn je.

www.cdu-hessen.de



Hessen wählt neu – Politikwechsel in Hessen durchsetzen. Die Zeit ist reif.

www.spd-hessen.de



Jetzt aber grün. Für Hessen: Ökologisch. Sozial. Kompetent. Mit neuer Energie – Für Umwelt- und Naturschutz
www.gruene-hessen.de



FDP macht Hessen stärker. Unser Wort gilt.

www.fdp-hessen.de



Wichtig für Alle. „Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!“
Clara Zetkin
www.die-linke-hessen.de

Runder Tisch Radverkehr besteht weiter

DARMSTADT . JÜR . Den Runden Tisch Radverkehr, das Treffen von Politikern, Behördenvertretern und Vertretern des ADFC Darmstadt, wird es auch weiter geben. Die von der ADFC Mitgliederversammlung im letzten Jahr beschlossene Unterstützung einer Musterklage gegen die Anordnung der Radwegebenutzungspflicht hatte zu Missstimmungen geführt. Vor allem seitens der Behördenvertreter sah man das Vertrauensverhältnis gestört.

Am 12. November 2008 fand ein klärendes Gespräch zwischen ADFC- und Behördenvertretern statt. Seitens der Behörde wurde erklärt, dass es nicht um die Absicht des ADFC ging, eine solche Klage zu unterstützen, sondern wie dieses seitens des ADFC nach außen kommuniziert wurde. Jörg Urban räumte hier Fehler ein, es ging dem ADFC nie darum, mögliche Fehler an Radwegen auf Behördenversäumnisse zurückzuführen.

Der ADFC erhofft sich von einem - gewonnenen - Prozess eine Signalwirkung an alle Verantwortlichen. Sie sollen den Radverkehr nicht weiter an den Rand, sprich: von der Fahrbahn drängen, nur damit er dem Autoverkehr nicht mehr „vor der Nase fährt“. Die Festlegung von Maßnahmen für den Radverkehr erfordern in jedem Einzelfall eine differenzierte Sichtweise. Radwege sind häufig nicht die einzige und beste Lösung. Und genau darum geht es dem ADFC.

Beide Seiten betonten, dass ihnen an weiterer Zusammenarbeit gelegen und ihnen die Verkehrssicherheit am wichtigsten ist. Um mögliche Interessenskonflikte zu vermeiden, werden solche Radverkehrsanlagen, zu denen Klagen anhängig sind, während des laufenden Verfahrens von Besprechungen ausgenommen. Bisher gibt es jedoch noch keine vom ADFC unterstützte Klage.

Man vereinbarte Änderungen am bisherigen Verfahren, um die Effizienz des Runden Tisches zu erhöhen und die Realisierung der beschlossenen Ideen zu erreichen. So wird es zum Einen Vortreffen geben, bei denen vor allem 'Kleinigkeiten' und Details besprochen werden. Die Haupttreffen dienen dann einerseits dazu, „größere“ Dinge zu besprechen, bei denen vor allem politische Entscheidungen erforderlich sind. Andererseits sollen dort aber auch solche Punkte zur Sprache kommen, bei denen zwischen Behörde(n) und ADFC keine Einigkeit erzielt wurde.

Der Vorschlag von Jörg Urban, die Protokolle der Treffen zu veröffentlichen, wurde mit dem Argument abgelehnt, die Protokolle seien aufgrund der sehr fachspezifischen und knappen Formulierungen für Außenstehende kaum verständlich. Statt dessen wurde die Erstellung einer Art „Bilanz“ in geeigneter Form beschlossen, die sowohl für Magistratsvorlagen, als auch für die Veröffentlichung verwendet werden kann.

Podiumsdiskussion „Typisch Darmstadt“

JÜR . Zu einer Podiumsdiskussion ins Straßenbahndepot am Böllenfalltor hatte die Schader Stiftung zusammen mit der Technischen Universität Darmstadt am 13. Oktober eingeladen. Unter Moderation von Dr. Ruth Fühner von hr2 Kultur beteiligten sich von der Industrie- und Handelskammer Darmstadt Frau Barbara Eichelmann, von der Heag mobilo Herr Karl-Heinz Holub, vom Zentrum für interdisziplinäre Verkehrssysteme Dr. Peter Sturm sowie Jörg Urban vom ADFC Darmstadt. Thema war 'VerkehrsRaum Stadt (Mobilität und Verkehr)'.

Bei der Vorstellung erklärte Jörg Urban, das Fahrrad endlich als ernsthafte Alternative zum Auto wahrzunehmen. Es sei das ideale Ver-

kehrsmittel auf kurzen Distanzen und kann wesentlich mehr zur Reduktion der zahlreichen Kfz-bedingten Probleme beitragen, als z.B. die Nordostumgehung. So sind in Darmstadt 66% aller Wege mit dem Auto kürzer als 3km. Gelänge es, die Hälfte dieser Fahrten aufs Fahrrad zu verlagern, wäre der Entlastungseffekt für Darmstadt wesentlich stärker als durch die Nordostumgehung und den Feinstaubaktionsplan. Auch Frau Eichelmann 'outete' sich als Alltagsradfahrerin. Sie berichtete von anfänglichen Akzeptanzproblemen bei Ihren Kunden, wenn sie dort mit dem Fahrrad vorfuhr.

Aus dem Publikum kamen zahlreiche Stellungnahmen vor allem zum Thema Nordost-

umgehung. Eine weitgehende Ablehnung dieser Pläne war erkennbar.

Erstaunen erregte Herr Holub, als Kritik an der Situation in der Fußgängerzone auf dem Luisenplatz über zu schnelle Busse, Straßenbahnen und auch Radfahrer geäußert wurde. Er erklärte, man habe sich informiert, die laut Straßenverkehrsordnung dort vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit sei mit 15km/h anzusetzen, dazu gäbe es entsprechende Gerichtsurteile.

Die ruhige und wenig kontroverse Veranstaltung wurde nach gut einer Stunde von der Moderatorin mit einem Dank an das Podium und das Publikum beendet.

Radweg Felsnase:

Der ADFC-Darmstadt wirft Verkehrsminister Riehl Wortbruch vor

ADFC Aktion in Vorbereitung

MÜHLTAL . Thomas Grän . In einem Schreiben vom 26.2.2008 an den ADFC Darmstadt kündigte Verkehrsminister Riehl an, die Bauarbeiten am Mühlthalradweg ruhen zu lassen, bis die von der Gemeinde Mühlthal in Auftrag gegebene geologische Stellungnahme zum ASV-Gutachten vorliegt und eine Prüfung erfolgen kann. Die Stellungnahme liegt nun vor, mit positivem Ergebnis: Der Hang des Schleiffbergs ist mit hoher Wahrscheinlichkeit tragfähig. Eine kostengünstige Radwegführung auf Fahrbahnniveau ist möglich! Trotz dieser Nachricht bricht Verkehrsminister Riehl sein Wort. In einem Schreiben an Mühltais Bürgermeisterin Man-

nes hält er die weitere Erörterung der Sachlage „nicht für zielführend“. Von einer Teilnahme an einem Runden Tisch Gespräch sieht er ab. Dies lässt den Schluss zu, dass ohne weitere Prüfung mit dem Waldwegausbau begonnen wird.

Thomas Grän von der ADFC Arbeitsgruppe „Pro Radweg Felsnase“ ist tief enttäuscht. „Im Landtagswahlkampf Anfang dieses Jahres war es endlich gelungen Darmstadt und Mühlthal auf einen gemeinsamen, guten Weg in der Radwegsache zu bringen. Alle Landtagskandidaten sprachen sich für eine Prüfung der kostengünstigen, straßenbegleitenden Radwegvariante

auf Fahrbahnniveau aus. Jetzt ist alles für die Katz,“ so Grän.

Kampflos hinnehmen will der ADFC die Nachricht aus Wiesbaden dennoch nicht. In einem Schreiben an Verkehrsminister Riehl protestiert er gegen die Unterlassung der Unterlagenprüfung und die Absage des Runden Tisches. Da es sich um den Ausbau einer Bundesstraße handelt, bittet der ADFC Bundesverkehrsminister Tiefensee in einem weiteren Schreiben um Prüfung der Angelegenheit und Vermittlung zwischen den verfahrenen Fronten. Der ADFC hat begonnen die nächste Aktion vorzubereiten.

ADFC-Landesversammlung in Rüsselsheim

RÜSSELSHEIM . Mario Schuller . Die diesjährige Landesversammlung des ADFC Hessen fand am 13. September 2008 in Rüsselsheim statt. Die Stadtverwaltung hatte dem gastgebenden ADFC Rüsselsheim hierfür mit dem Ratssaal des Rathauses ihren schönsten Raum zur Verfügung gestellt. Die Delegierten waren angetan von dem mit moderner Technik ausgestatteten Saal, in dem unter anderem das Stadtparlament seine Sitzungen abhält. Nach den Grußworten des 1. Kreisbeigeordneten des Landkreises Groß-

rau, Thomas Will, der Rüsselsheimer Stadträtin Silke Klinger – zuständig u.a. für das Bau- und Verkehrsdezernat – und Mario Schuller, dem 1. Vorsitzenden des gastgebenden ADFC-Ortsverbandes wurde dem 10.000. Mitglied des ADFC Hessen, einem Arzt aus Frankfurt, ein Gutschein für ein Well-ness-Wochenende überreicht. Dann stand einer konstruktiven und informativen Landesversammlung nichts mehr im Wege. Unterbrochen wurde die Versammlung zur Mittagspause, zu der die Delegierten

zu einem 3-Gänge-Menü eingeladen wurden. Etwas später als geplant konnte die Landesversammlung fortgesetzt werden. Das Sitzungsspridium konnte den Zeitverlust jedoch durch konsequentes Zeitmanagement wett machen, so dass gegen 17 Uhr die Versammlung beendet werden konnte. Abschließend lud der gastgebende ADFC Rüsselsheim noch zu Kaffee und Kuchen ein. Zufrieden ob der gut verlaufenen Versammlung und mit viel Lob für den Gastgeber traten die Delegierten den Heimweg an.

Umleitung für Radfahrer

GINSHEIM-GUSTAVSBURG . Mario Schuller . In Bezug auf die ab Frühjahr 2009 geplante Sperrung des Rad- und Fußweges entlang der Eisenbahnbrücke zwischen Gustavsburg und Mainz hatte der ADFC Rüsselsheim der Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg einen Vorschlag für eine Umleitungsbeschilderung gemacht. Der Vorschlag des ADFC sieht eine Umleitung von

Gustavsburg über die Mainbrücke nach Kostheim und dann - dem Hessischen Radfernweg R3 folgend - an Main und Rhein entlang bis zur Theodor-Heuss-Brücke vor. Bei einem Orts-termin wurde die vorgeschlagene Umleitung abgefahren und vereinbart, mit Hilfe eines Hinweisschildes auf die zeitlich begrenzte Umleitung aufmerksam zu machen.

Radweg Grabenstraße nicht mehr Benutzungspflichtig

RÜSSELSHEIM . Mario Schuller . Ende August wurden auf Initiative des Radverkehrsbeauftragten der Stadt Rüsselsheim, Mario Schuller, an der Grabenstraße die Verkehrszeichen zur Kennzeichnung die Benutzungspflicht für den Radweg abmontiert. Nun handelt es sich um einen sogenannten „anderen Radweg“, der benutzt werden kann, aber nicht muss. Radfahrer können nun zwischen der subjektiven Sicherheit des Radweges oder der objektiven Sicherheit der Fahrbahn wählen.

Der ADFC fordert seit langem, die Benutzungspflicht auf ein erforderliches Maß zu reduzieren. Dass die Beschilderung von Radwegen nicht immer erforderlich ist, bestätigte auch das Bundesverkehrsministerium. Nach dessen Aussage ist die Radwegebenutzungspflicht als Sonderfall zu behandeln. Nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen erhöhen von der Straße abgetrennte Radwege die Unfallgefahr, denn Radfahrer auf Radwegen befinden sich oft außerhalb des Blickfeldes von Autofahrern. An einmündenden Straßen werden sie dann häufig zu spät bemerkt. Vermeiden lässt sich diese Gefahr

durch einen Mischverkehr, weil Radfahrer und motorisierte Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt eine Fahrbahn nutzen.

*Radweg in der Grabenstraße
– mit und ohne Benutzungspflicht*



(Quelle: ADFC Rüsselsheim e.V.)

ADFC Dieburg/Groß-Umstadt:

Mitarbeiter für Projektgruppe "Fahrradregion Ostkreis" gesucht.

Im vergangenen Jahr wurde ein Regionales Entwicklungskonzept für den ländlichen Raum des Landkreises Darmstadt-Dieburg erstellt, das nun in die Umsetzungsphase geht. Im Rahmen dieses Konzeptes hat sich die Projektgruppe "Fahrradregion Ostkreis" gebildet. Ziel ist, die Infrastruktur und die Öffentlichkeitsarbeit für den Alltagsradverkehr und den Fahrradtourismus in der Region zu verbessern und auf ein hohes Qualitätsniveau anzuheben. Begleitet wird der Umsetzungsprozess vom Regionalmanagement Darmstadt-Dieburg.

Wir suchen Interessenten, die gerne in unserer Projektgruppe mitarbeiten möchten. Nähere Informationen erteilt Roland Gürtler, Tel. 06078 789571, guertler@adfc-darmstadt.de





Einladung zur Mitgliederversammlung des ADFC Bergstraße

Alle Mitglieder des ADFC Bergstraße sind hiermit herzlich zur Mitgliederversammlung eingeladen.

Die Versammlung findet am

Donnerstag den 19. Februar 2009 um 19:30 Uhr

im Nebenraum des Restaurants Präsenzhof, in der Bensheimer Bahnhofstraße statt.

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung
2. Bericht des Vorstands über die Aktivitäten 2008
3. Bericht der Kassenwartin
4. Wahl des Vorstandes
5. Wahl der Kassenprüfer
6. Wahl der Delegierten zur Landesversammlung 26.09.2008
7. Behandlung von Anträgen
8. Verschiedenes

Anträge an die Versammlung können bis zum 19. Februar 2009 zu Händen des Vorstands gestellt werden. Wir bitten Euch, recht zahlreich an der Versammlung teilzunehmen.

Fahrrad-Verkehrsschau in Bensheim

BENSHEIM . pd/Doris Sterzelmaier . Im Rahmen des Sommerprogramms der Grünen Liste Bensheim (GLB) fuhren mit der Stadtverordneten Doris Sterzelmaier auch Gäste vom ADFC Bergstraße bei einer Art „Fahrradverkehrsschau“ mit. Die Stärken und Schwächen des Radverkehrsnetzes von Bensheim West sollten untersucht werden.

Eine böse Falle gibt es an der Unterführung B3/B47 (Rodensteinstraße/Wormser Straße) bis zur Hermannstraße. Die fehlende Beschilderung „Fußweg – Radfahrer frei“ führt zu Missverständnissen, da viele Verkehrsteilnehmer meinen, die Radler müssten auf dem rot markierten Gehweg fahren. Manche Autofahrer versuchen mit der Hupe die Radfahrer zu erziehen oder gar abzudrängen, was schon oft zu gefährlichen Situationen geführt hat.

Die Ost-West-Verbindung über die Schwanheimer Straße endet abrupt an der Post. Eine Weiterführung durch den Eisenbahntunnel mit einer Aufstellfläche an der Ampel scheiterte jedoch an der Steigung von mehr als zehn Prozent und dem nicht ausreichenden Fahrbahnquerschnitt, so Stadtrat Matthias Schimpf.

Positiv ist in der Heidelberger zu vermerken, dass hier die schmalen Radstreifen in einen ausreichend breiten Angebotsstreifen geändert werden soll. Des weiteren sind separate Parkbuchten in Höhe des Albertuskindergartens geplant.

Am Rinnentor wäre ein durchgängig markierter Radstreifen sinnvoll und damit eine Neuordnung der gesamten Fläche für die verschiedenen Nutzungsarten. Dies sei von Seiten der Stadt angedacht, man müsse die Planungen jedoch abwarten, sagte Stadtrat Schimpf. Dem Drängen des ADFC, auf dem Zweirichtungsweg an der Promenadenstraße und Fehlheimer Straße die Benutzungspflicht aufzuheben, kann wohl nicht so schnell nachgegeben werden, da dies ein stark frequentierter Verkehrsbereich ist, insbesondere zu Schulanfangs- und schlusszeiten.

Am Ende der östlichen Rampe der neuen Fußgängerbrücke über die B3/B47 fordert der ADFC eine Warnmarkierung, die die nachfolgende Treppe ankündigt.

Der Radweg aus Heppenheim endet abrupt am Bahnhofsvorplatz. Ein durchgängig geführter und markierter Radweg und die gesamte Routen- und Ziel-Beschilderung für Radfahrer fehlen. Für Ortsunkundige ärgerlich und touristisch kein Aushängeschild für Bensheim. Hier muss dringend etwas passieren, das war die einhellige Meinung von GLB und ADFC. Petra Degenhardt stellte fest, dass der Radfernweg R8 an Bensheims Innenstadt völlig vorbei führt und die Beschilderung verbesserungswürdig sei. Positiv wurde der Lückenschluss im Radwegenetz in der Schwanheimer Straße in Höhe des REWE Marktes gesehen.

Die Robert-Bosch-Straße ist zu schmal und besonders in der Unterführung der A5 sehr eng. Dieser direkte Weg zu den Arbeitsplätzen und Freizeiteinrichtungen im Stubenwald hätte eine Verbesserung dringend nötig. Es bleibt zu hoffen, dass der Bund dies bei einer Sanierung des Tunnels erreichen kann.

Der Feldweg von der Robert-Bosch-Straße bis zur Reithalle ist nicht für Radfahrer freigegeben, ein Zusatzschild könnte das beheben. Die Querung des Neugrabens an der Reithalle ist nur per Treppe und über die sehr schmale Brücke möglich, für Kinderanhänger ein Problem. Rampen könnten dieses Problem lösen. Über die Hardtbrücke ging es dann wieder zum Berliner Ring, an dem die Querungshilfe zur Dammstraße sehr begrüßt wurde.

Am Ende der Veranstaltung im der TSV Vereinsgaststätte am Weiherhaus wurde noch weiter diskutiert. Stadtrat Schimpf nahm die Vorschläge des ADFC auf und erläuterte die nächsten Planungen von Seiten der Stadt. So sollen weitere 40 Radboxen am Bahnhof aufgestellt werden. Die Warteliste sei damit nahezu abgearbeitet. Doris Sterzelmaier dankte allen Teilnehmern, besonders dem ADFC für die fachkundige Beratung und stellte fest, dass das Thema Radverkehr auch weiterhin ein Schwerpunkt für die GLB bleiben wird. Obwohl schon vieles verbessert wurde, gibt es noch viel zu tun, was diese „Fahrradverkehrsschau“ wieder einmal gezeigt hat.

Neue Schnell-Straßenbahn an die Bergstraße VCD begrüßt die neue schnelle Verbindung

uds . Ab Montag, dem 15. Dezember 2008, wird die Bergstraße endlich eine Schnell-Straßenbahn erhalten. Wie die Dadina-Verbandsversammlung bereits im September beschlossen hatte, wird während der Betriebszeiten der heutigen Linie 6 diese von Montag bis Freitag in der Hauptverkehrszeit im 15-Minuten-Takt, sonst im 30-Minuten-Takt anstelle der Linie 8 bis nach Alsbach fahren.

Die Fahrzeit verkürzt sich durch den Linientausch um vier Minuten. Die Linie 8 fährt also nur in folgenden Zeiträumen: Montag bis Freitag vor Betriebsbeginn der Linie 6 und nach Betriebsende der Linie 6 sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen.

Aus Fahrtrichtung Alsbach besteht in Eberstadt Frankenstein sofort Anschluss an die Linie 1 bzw. umgekehrt endet dort zuerst die Linie 1, der die Linie 6 folgt, so dass gute Anschlüsse von Alsbach und Seeheim-Jugenheim zum Darmstädter Hauptbahnhof und zurück bestehen.

Im Stadtgebiet Darmstadts zwischen Eberstadt Frankenstein und Arheilgen wird die Linie 6 unverändert alle 15 Minuten fahren.

Die Idee, die Schnell-Straßenbahn bis an die Bergstraße zu führen, ist nicht neu. Doch wurde Anfang der 90er Jahre von Seiten der HEAG und des Dadina-Vorgängers mit angeblichen Kapazitätsengpässen argumentiert, da die Buslinie P von Pfungstadt

nach Eberstadt dort auf die Linie 6 abgestimmt ist. Um dieses Problem zu entschärfen, werden in der Hauptverkehrszeit einige zusätzliche Tramkurse von Eberstadt zum Luisenplatz eingelegt. Die entstehenden Kosten werden vom Landkreis Darmstadt-Dieburg, von den Gemeinden Seeheim-Jugenheim und Alsbach-Hähnlein sowie von der Stadt Darmstadt gemeinsam getragen.

Bahnprivatisierung: für Volker Sparmann „Freibrief für die Instandhaltung nach Gutsherrenart“

Der RMV sieht Defizite in der vorgesehenen Vereinbarung zwischen Bund und DB AG als Gefahr für Netz und Stationen in der Region Frankfurt Rhein/Main

uds . Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) kritisiert den Entwurf einer Vereinbarung zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur, die der Bund mit der DB AG vor der Teilprivatisierung ihrer Transportgesellschaften abschließen möchte.

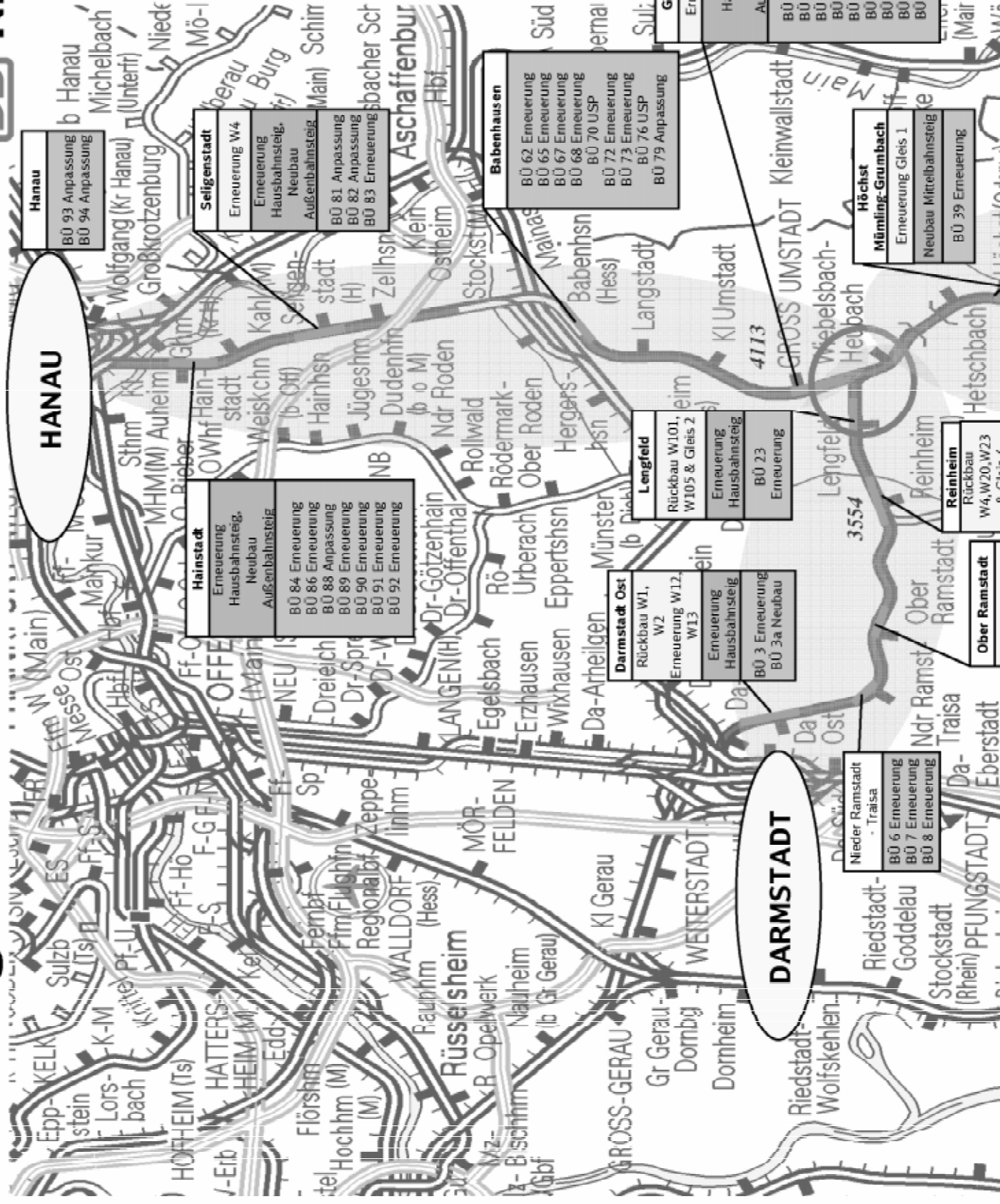
In diesem Entwurf einer sogenannten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung fehlt laut RMV insbesondere die strecken- beziehungsweise stationsscharfe Festlegung der zu erbringenden Qualität. Die Infrastrukturbetreiber der DB AG (DB Netz AG für die Gleisanlagen, DB Station & Service für die Personenbahnhöfe) erhalten damit nach Ansicht des RMV weitgehend freie Hand, die Mittel des Bundes auf Großstadtbahnhöfe und das ICE-Netz zu konzentrieren und gleichzeitig Strecken und Stationen in der Region zu vernachlässigen. Damit könne der DB-Konzern die Profitabilität des teilprivatisierten eigenwirtschaftlichen Fernverkehrs zu Lasten des Nahverkehrs steigern.

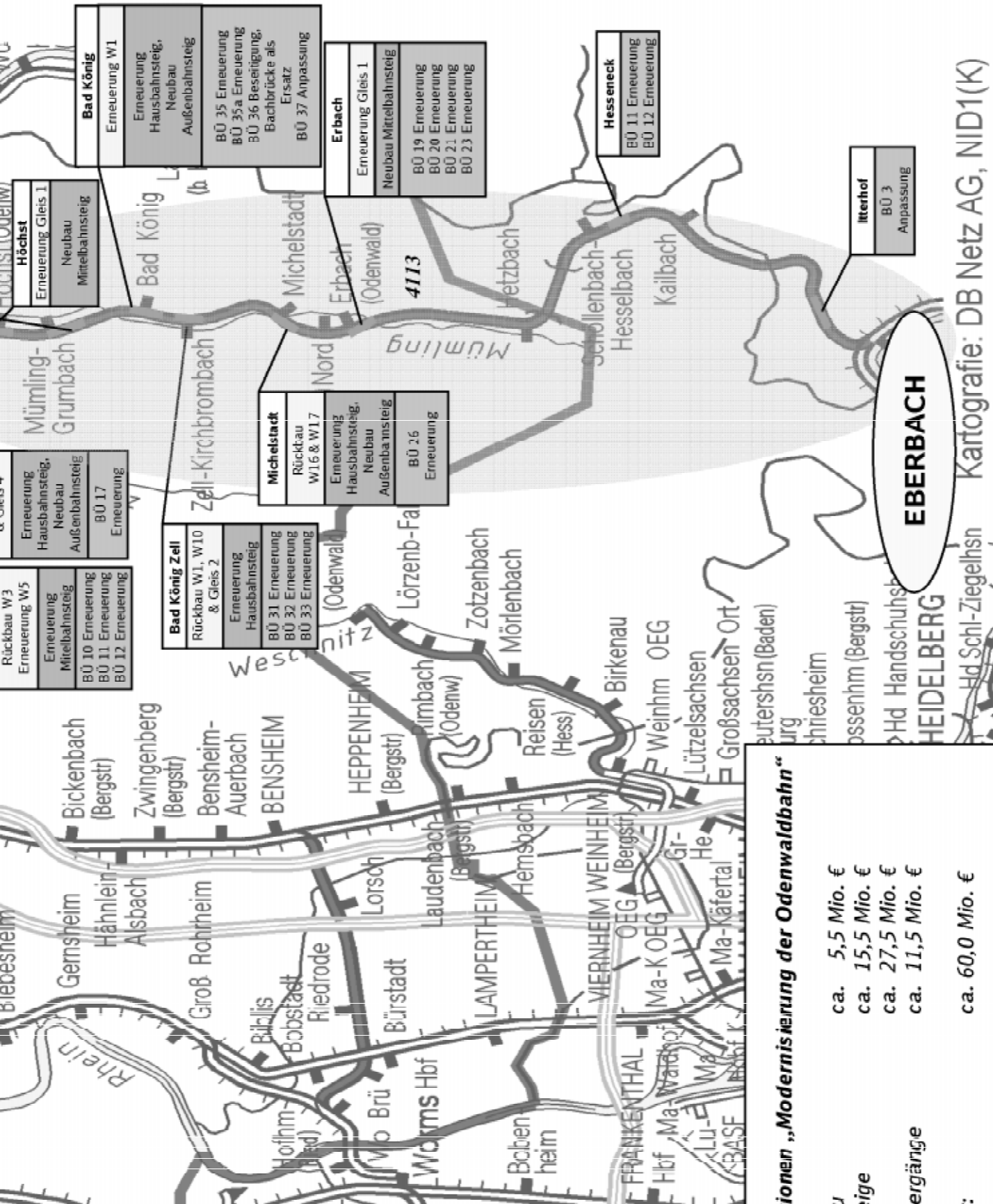
Bereits in den letzten Jahren hat der RMV nach eigener Darstellung beobachtet, dass die Infrastruktargesellschaften der DB AG bei der Bewirtschaftung der regionalen Infrastruktur gespart und Stationen vernachlässigt hätten. Der RMV befürchtet, dass die DB AG nach dem Börsengang ihrer Transporttöchter die von allen RMV-Gesellschaftern – nicht zuletzt vom Land Hessen – mitgetragene Philosophie eines für die Städte, den Ballungsraum und die Region gleichermaßen ausgewogenen Mobilitätskonzepts empfindlich stört. Stattdessen möchte der RMV weiterhin mit seinen Partnern – darunter DB Station & Service – Bahnhöfe und Stationen funktional aufwerten sowie mit ausgebauten und instand gehaltenen Gleisen die Verkehrsleistung qualitativ und quantitativ verbessern. Die im Vertragsentwurf enthaltenen Qualitätsparameter sind nach den Erfahrungen des RMV ungeeignet zur Messung der Qualität des Netzes und

der Stationen. Außerdem fehlt dem Verbund zufolge ein wirksamer Anreiz für die DB-Infrastrukturbetreiber, die vertraglichen Regelungen einzuhalten.

RMV-Geschäftsführer Volker Sparmann: „Die Regelungen in der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung reichen nicht aus. DB Netz AG und DB Station & Service AG sollen zusätzlich zu den jährlich steigenden Trassen- und Stationspreisen weitere 2,5 Milliarden Euro pro Jahr vom Bund bekommen, ohne verpflichtet zu werden, die regionale Infrastruktur ausreichend zu erhalten und weiter zu entwickeln. Das ist Infrastrukturpolitik nach Gutsherrenart. Wir erwarten aber, dass der Bund seinen verfassungsmäßigen Auftrag erfüllt, den Erhalt der gesamten Eisenbahninfrastruktur zu gewährleisten.“

„Modernisierung der Odenwaldbahn“ 2006-2008





Kartografie: DB Netz AG, NID1(K)

Kommentar von Uwe Schuchmann

Regionaler Schienenverkehr

Handeln statt Versprechen!

Der RMV will eine „quantitativ verbesserte Verkehrsleistung“. Doch wie sieht es aus, wenn Europas größter und schönster Verkehrsverbund Schienenverkehre aus-schreibt, so wie aktuell auf der Main-Rhein-Bahn Aschaffenburg - Darmstadt - Mainz - Wiesbaden? Auf dieser Strecke wird - trotz Aus-schreibung und vermutlicher min-destens sechstelliger Einsparungen des RMV - ab Dezember 2008 kein einziger zusätzlicher Zug fahren.

Außerdem gibt es in einem Zwei-Wagen-Doppelstockzug weniger Sitzplätze als im heutigen Vier-Wa-gen-Normalzug - diese Kurzzüge

hat der RMV ebenfalls in seiner Aus-schreibung festgelegt. Auch auf der Main-Neckar-Bahn zwischen Darm-stadt und Bensheim fahren heute (2008) weniger Züge im RMV-Tarif als zum RMV-Start 1995.

Wenn die Landkreise, kreisfreien Städte und das Land (als RMV-Eigen-tümer) Zugleistungen abbestellen, kommen weniger Benutzungsentgel-te bei den Infrastrukturbetreibern an. Der Bund ist zwar einer der richtigen Adressaten, wenn es um eine ver-nünftige Finanzmittelausstattung der Schieneninfrastruktur geht. Doch gleichsam müssen sich Land und Krei-se an die eigene Nase fassen: Hes-

sens Verkehrsminister Dr. Alois Rhiel (CDU) kann nicht einerseits über das RMV-Sprachrohr mehr Schie-nengelder einfordern - und will selbst gleichzeitig die Lkw-Mautein-nahmen nur noch für Straßen ver-wenden.

Und der Darmstadt-Dieburger ÖPNV-Dezernent und Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg lässt zwar ebenfalls den RMV la-mentieren, doch nimmt er bei Aus-schreibungen nicht sein Mitspra-cherecht wahr und will als Landrat Alfred Jakoubek (SPD) die parallele Bundesstraße zwischen Dieburg und Babenhausen ausbauen.

VCD Hessen: Luftfahrt weltweit im Umbruch Sinkende Passagierzahlen stellen Flughafenausbau in Frage

Der anhaltende Rückgang der Passagierzahlen am Frankfurter Flughafen stellt nach Ansicht des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) den ökonomischen Sinn einer neuen Landebahn zunehmend in Frage. „Der Einbruch ist weniger eine konjunkturelle denn eine strukturelle Schwäche“, sagte Werner Geiß, Luftverkehrsexperte des VCD Hessen. „Die Finanzkrise war wohl Auslöser, aber nicht allein Ursache.“ Der Umwelt- und Verbraucherverband fordert, statt in den Flughafen in den Schienenverkehr zu investieren. Das diene nicht nur dem Klimaschutz, sondern schaffe auch mehr Arbeitsplätze.

Werner Geiß: Wegen weltweiter Ent-wicklungen wird sich nach Einschät-zung des VCD der Flugverkehr grund-legend verändern. Geiß verweist auf den Nobelpreisträger Paul Krugmann, der den billigen Verkehr als Grund für einen ineffizienten, ausufernden glo-balen Handel ansieht, der selbst nach einer wirtschaftlichen Erholung nicht wieder den früheren Umfang errei-chen dürfte. Nach Ansicht des VCD werden deshalb der noch immer steu-erfreie Flugverkehr und insbesondere die Luftfracht auf Dauer Federn las-sen müssen. Der Markt für Flugtou-rismus sei allmählich gesättigt. Hinzu komme, dass der Flugverkehr teurer wird, wenn die Luftfahrtunternehmen von 2013 an einen Beitrag zum Kli-maschutz leisten und CO₂-Emissions-zertifikate kaufen müssen.

Auch aus technologischer Sicht hält der VCD den Ausbau des Flughafens für fragwürdig. Aus Gründen des Kli-maschutzes lässt die EU gemeinsam mit der Luftfahrtindustrie im Projekt „Clean Sky“ Flugzeuge entwickeln, die durch leichtere Werkstoffe und neue Triebwerke weniger Kohlend-oxid ausstoßen. „Flugzeuge werden künftig kleiner, aber auch lauter sein“, erläutert Geiß. Nicht nur die Herstel-ler, vor allem auch die Flughäfen müssten sich neu aufstellen. Luft-fahrtkreuze und konventionelle Großflugzeuge lohnten sich nur noch dort, wo Treibstoff noch länger billig verfügbar ist, etwa in der Golfregion. Europäische und amerikanische Airli-nes dagegen setzten auf kleinere, sparsame Maschinen im umsteigefrei-en Direktflugbetrieb zu lärmunemp-

findlichen Standorten an der Periphe-rie der Ballungsräume. „All dies wur-de bei der Ausbauplanung für Frank-furt ignoriert“, sagte Geiß. Nach An-sicht des VCD wäre die verantwortli-che Politik gut beraten, für die Be-schäftigten der Luftfahrt eine nach-haltige und tragfähige Alternative zum Flughafenausbau zu bieten. Nur mit einem Programm zur umfassen-ten Sanierung und dem Ausbau des Schienenverkehrs könne es zugleich gelingen, den Transportbedarf unter Wahrung der Klimaschutzziele zu be-wältigen und aufgrund der arbeitsin-tensiven Prozesse weit mehr Jobs zu schaffen als in der Luftfahrt entfallen.

Zum Hintergrund: Im November verzeichnete der Frankfurter Fluga-hafen im sechsten Monat in Folge rück-läufige Passagierzahlen. Auch die Frachtmenge verringerte sich.

Energiespartipps für Fortgeschrittene

von Werner Brinker

Strom sparen für Fortgeschrittene

Weiß LEDs

LEDs werden als die Zukunft in der Beleuchtungstechnik gepriesen. Sie gelten als chic und modern und bieten durch ihre geringe Baugröße sehr viele Gestaltungsmöglichkeiten. Bei Anzeigen in elektronischen Geräten oder im Automobilbau werden sie schon häufig verwendet. In der Gebäudebeleuchtung trifft man sie dagegen bisher noch eher selten an. Dies hat mehrere Gründe. Einerseits sind LED-Lampen noch immer recht teuer. Daneben gibt es immer noch Probleme damit, ein angenehm weißes Licht zu erzeugen. Noch ist das Licht eher kalt und bläulich, aber die Entwicklung lässt hoffen.

Vor allem aber sind LED-Lampen noch immer relativ ineffizient. Die meisten zur Zeit käuflich zu erwerbenden LEDs liegen in ihrer Lichtausbeute etwa auf dem gleichen Niveau wie Halogenlampen und sind damit rund 3 bis 4 mal schlechter als Energiesparlampen. Zwar kursieren immer wieder Berichte über Steigerungen des Wirkungsgrades durch die Gazetten und die Fortschritte

der Technik sind auch beachtlich. Dennoch hat bisher noch keine LED das Niveau der Energiesparlampe erreicht.

Aber selbst diese verbesserten LEDs werden bisher kaum zum Kauf angeboten. Daneben ist es auch schwer die Effizienz der LEDs untereinander und mit anderen Leuchten zu vergleichen, denn LED müssen, anders als Glühbirnen und Energiesparlampen, bislang nicht mit dem EU-Energiesparlabel ausgestattet werden. Damit hat der Kunde aber praktisch keine Möglichkeit, den Energieverbrauch einer LED-Lampe realistisch einzuschätzen.

Darum gilt, zumindest bis auf weiteres: Energiesparlampen sind für den Haushalt die erste Wahl.



Wäsche kalt waschen

Es hört sich etwas originell an, aber es geht: Wie der Bund der Energieverbraucher berichtet, lässt sich Wäsche schon bei Temperaturen von nur 20 Grad waschen und wird dabei sauber. Möglich machen das neue waschaktive Substanzen, die viele der großen Waschmittelherstellern in ihren Produkten verwenden. Diese sind schon bei 20 Grad aktiv und öffnen damit eine interessante Möglichkeit zum Energiesparen.

Die Temperatur ist der wesentliche Faktor für den Stromverbrauch beim Waschen. So benötigt ein Waschgang bei 60 Grad etwa doppelt so viel Energie wie bei 40 Grad, Kochwäsche sogar das Dreifache. Eine Studie des Öko-Instituts belegt, dass mit niedrigeren Waschartemperaturen bis zu 40 Prozent Energie eingespart werden kann.

Gute Waschergebnisse erzielt man dann, wenn man dem Waschmittel ausreichend Zeit gibt, seine Wirkung zu entfalten und die Wäsche ausreichend walkt. Wer bei 20 Grad waschen möchte sollte darum auf Kurzprogramme verzichten und eventuell die Einweichzeit verlängern. Probieren Sie es einfach aus, indem Sie jeweils die Temperatur eine Stufe niedriger einstellen als gewohnt: statt 60 Grad 40 Grad, statt 40 Grad 30 Grad und statt 30 Grad 20 Grad. Unter 20 Grad sollten Sie aber nicht gehen, da dann die waschaktiven Substanzen noch nicht wirksam sind.

Solare

Energietechnik

Kommen Sie auf die
Sonnenseite der Energie ...
 ... und errichten Sie Ihr eigenes Kraftwerk !

- ◆ Schlüsselfertige Solarstromanlagen
 und Komplettanlagen zur Selbstmontage
- ◆ HolzPellets-Heizung von



Die Sonnenseite der Energie.
 inek Solar AG, 65474 Bischofsheim
 Am Schindberg 27 "Im Sonnenwerk"
 Tel.: 06142-83697-0 Fax: -83697-18
 mail@inek.de Internet: www.inek.de



Anlage: Freie Waldorfschule Darmstadt

mo - fr 9 - 12 Uhr und 14 - 17 Uhr

Noch sind Plätze frei bei der BUND Kinder- Umweltgruppe

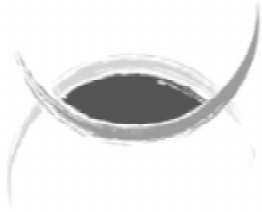
Gretel Steffen . Noch Plätze frei sind bei der Kinderumweltgruppe des Darmstädter Ortsverbandes im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) für fünf- bis zehnjährige Kinder.

Die Kinder und zwei Betreuerinnen treffen sich jeden Donnerstag von 15 bis 17 Uhr im BUND-Treff in der Lauteschlägerstraße 24 (Martinsviertel) oder direkt an wechselnden Orten zur Erkundung der Umgebung. Auf dem Programm stehen spielerische Innenstadt- und Parkerkundungen, Wald- und Wiesenausflüge und Bastelangebote. Momentan ist die Gruppe im Aufbau, sie wächst langsam und bei allen Ideen der Betreuerinnen gibt es genügend Raum für Selbstgestaltung und das Einbringen eigener Ideen.

Wer Interesse hat, viele spannende, schöne und lustige Ideen umzusetzen bekommt mehr Infos bei Gretel Steffen, Telefon 06151 3978654 und Romy Schnölzer, Telefon 0179 5032032 bzw. kinderumweltgruppe@web.de im Internet unter www.bund-darmstadt.de im Bereich Kinder.



Pixelio.de, www & Dieter Kaiser



Naturheilpraxis Wittstadt

Michael Wittstadt	Bowen Therapie
Heilpraktiker	Kräuterheilkunde
Heidelberger Landstraße 224 b	Ausleitungsverfahren
64297 Darmstadt-Eberstadt	

Weitere Infos bei Heilpraktiker Michael Wittstadt unter:
Tel.: 06151-4924430 oder Email: m.wittstadt@naturheilpraxis-wittstadt.de

Wintergemüse gegen Krebs

Michael Wittstadt . Im letzten Jahr haben Wiener Wissenschaftler zum ersten Mal am Menschen beweisen können, was der kanadische Mediziner Richard Beliveau in seinem vielbeachteten Buch „Krebszellen mögen keine Himbeeren“ in der Petrischale schon vorweggenommen hat: Der einheimische Kohl steigert die Wirkung von Enzymen, die gegen Mikrotumore und entartete Zellen aktiv werden.

Waren es bei Beliveau noch alle Kohlsorten gleichermaßen, so fanden die österreichischen Mediziner heraus, dass vor allem Rotkraut und Kohlsprossen

die Bildung anregen und die Blutspiegel der entsprechenden Stoffe bis auf das Dreifache steigen ließen.

Darüber hinaus enthält einheimischer Kohl noch gesunde Ballaststoffe, sowie Vitamine und Mineralstoffe. Nicht ganz in dieses Bild passt allerdings, dass Kohl einige Zeit kochen muss, damit diese guten Enzyme besser wirksam werden können. Isst man allerdings einmal gekochten Kohl und am nächsten Tag gedünstetes Gemüse steht einer gesunden Ernährung trotzdem nichts im Weg.

Wissenschaftler haben ebenfalls herausgefunden welche Kohlsorten gegen welche Krebsart besonders gut wirken. So sollte Rosenkohl zu sich nehmen, wer das Brustkrebsrisiko vermindern möchte oder Broccoli wer das Bakterium *Helicobacter pylori* klein halten will.

Was die Naturheilkunde schon lange wusste und die Naturschützer schon lange propagieren wurde jetzt endlich wissenschaftlich belegt: Jahreszeiten-gemäße Ernährung, mit z.B. Broccoli und Blumenkohl im Sommer, Rosenkohl und Wirsing im Winter; das ganze drei Mal die Woche wirkt nachhaltig gesundheitsfördernd.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an Heilpraktiker Michael Wittstadt, Telefon 06151 4924430 oder E-Mail m.wittstadt@naturheilpraxis-wittstadt.de.

Verschiedene Kohlsorten sind gesund, aus regionaler Vermarktung umweltfreundlich - ohne weite Transportwege auch in Bioqualität

Raumordnungsverfahren für Kohle-Kraftwerk Staudinger wird gestartet

Ab 2. Januar 2009 Offenlage der Antragsunterlagen

RP DA/bm . Das Raumordnungsverfahren (ROV) für den Neubau eines Steinkohleblocks am Standort Großkrotzenburg (Staudinger) der E.ON Kraftwerke GmbH beginnt. Vom 2. Januar bis zum 2. Februar 2009 erfolgt die Offenlage der sieben Aktenordner. 125 beteiligte hessische und bayerische Städte und Gemeinden, Landkreise, Fachbehörden, Verbände und Institutionen erhielten sie schon zur Stellungnahme (siehe auch www.rp-darmstadt.hessen.de). Anregungen und Bedenken von Privatpersonen werden im Verfahren gleichrangig berücksichtigt.

Im ROV wird geprüft, ob das Vorhaben von E.ON raumverträglich umgesetzt werden kann. In den Unterlagen werden daher neben dem geplanten Neubau eines Steinkohleblocks auch weitere Vorhabensalternativen sowie die Möglichkeiten, eine Fernwärmeversorgung aufzubauen, untersucht. Es wird zudem abgeklärt, ob die Auswirkungen des Vorhabens auf die betroffenen Menschen, die Tier- und Pflanzenwelt, den Wald, den Boden, das Wasser und nicht zuletzt die Luft in ihrer Gesamtheit als raumverträglich angesehen werden können.

Die eingehenden Anregungen und Bedenken werden voraussichtlich Ende März/Anfang April 2009 gemeinsam mit E.ON

in einem Erörterungstermin diskutiert, erklärte Regierungspräsident Dieke. Danach wird das RP eine alandesplanerische Beurteilung abgeben, die im Zulassungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu berücksichtigen ist.

Der AK Energie wird zusammen mit dem Kreisverband Offenbach des BUND ebenfalls eine Stellungnahme erarbeiten. Mehr Infos gibt es beim BUND zum Thema Kohlekraftwerke: www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/klima_energie/kohlekraftwerke_stoppen/geplante_standorte/

Dort bitte den Standort Staudinger anklicken, um aktuelle Informationen zu erhalten.

BI-Homepage: www.stopp-staudinger.de

Offenlage in Aschaffenburg, Alzenau, Breuberg, Bruchköbel, Darmstadt, Dietzenbach, Erlenbach am Main, Frankfurt am Main, Hanau, Hattersheim am Main, Heusenstamm, Kelsterbach, Langenselbold, Maintal, Mühlheim, Obernburg, Obertshausen, Offenbach, Rödermark, Rodgau, Seligenstadt, Erlensee, Eppertshausen, Freigricht, Glattbach, Großkrotzenburg,



Lauf-Rad-Laden

Gärtner & Kratz GbR

**Gerbergasse 14
64625 Bensheim**

**Fon 06251 5807-27
Fax 06251 5807-28**

www.move-bensheim.de
info@move-bensheim.de

Großwallstadt, Haibach, Hainburg am Main, Höchst im Odenwald, Kahl am Main, Karlstein am Main, Kleinostheim, Markt Kleinwallstadt, Kriftel, Mainaschaff, Mainhausen, Markt Elsenfeld, Markt Großostheim, Markt Stockstadt am Main, Messel, Mömlingen, Niedernberg, Rodenbach, Markt Sulzbach am Main, Wörth am Main.

Mitglieder werben Mitglieder - Machen Sie mit!

Abschnitt bitte ausschneiden und einschicken an:

BUND • Am Kölnischen Park 1 • 10179 Berlin

Ich habe ein Mitglied gewonnen.

Ich habe ein neues BUNDmitglied gewonnen
und meine Wunschprämie angekreuzt.

Name/Vorname	
Adresse	
Beruf	Geburtsdatum
Telefon	E-Mail
Mitgliedsnummer	Unterschrift

Ihre persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und – ggf. durch Beauftragte des BUND e. V. – auch zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt.



☐ BUNDladen-Gutschein

Sie suchen sich im www.bundladen.de ihre Prämie im Wert von 20 Euro lieber selbst aus.

☐ Isolierkanne mit BUNDLogo

Der unverzichtbare Begleiter für BUNDmitglieder in der kalten Jahreszeit.



☐ Sehnsucht nach Wildnis

Beate Seitz-Weinzierl bringt uns Natur ganz nah – in Bildern, Berichten, Rezepten und Gedichten.

Informationsveranstaltung Kinderkrebs um Atomkraftwerke

Am 8. Novemberstellten in Darmstadt BUND und IPPNW die sogenannte Kinderkrebsstudie vor. Fazit: Die Gesundheit unserer Kinder ist in der Umgebung der Atomkraftwerke mindestens bis zu 50 km im Umkreis gefährdet.

Herwig Winter . Vor den interessierten Zuhörern der gut besuchten gemeinsamen Informationsveranstaltung von IPPNW und BUND Hessen wurde deutlich, dass Atomkraftwerke schon im Normalbetrieb die Gesundheit gefährden. Die Wissenschaftler, die über die Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie) referierten, führten dabei diese traurige Gewissheit eindrücklich vor Augen. Die KiKK-Studie beweist: Je näher Kinder an einem AKW wohnen, desto größer ist ihre Erkrankungs-Wahrscheinlichkeit. Signifikante Ergebnisse sind auch bis in eine Entfernung von 50 km um die Atomkraftwerke nachweisbar.

Prof. Dr. med. Eberhard Greiser erläuterte im Detail, warum ein Zusammenhang zwischen der Strahlendosis und dem Leukämierisiko keineswegs ausgeschlossen werden kann, wie vom Mainzer Kinderkrebsregister behauptet.

Dr. Alfred Körblein erweiterte den Blick auf mögliche erhöhte Fehlbildungsraten, Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund Lengfelder wies auf die hohe Empfindlichkeit der Kinder in Bezug auf radioaktive Niedrigstrahlung hin. Alle Referenten fanden es unverständlich, dass die atomenergiefreundlichen Wissenschaftler der Strahlenschutzkommission und das Team der Wissenschaftler um Prof. Blettner (Mainzer Kinderkrebsregister)

auf Grund der KiKK-Studie weiterhin einen möglichen Zusammenhang zwischen radioaktiver Strahlung aus Atomkraftwerken und dem Erkrankungsrisiko ausschließen.

IPPNW und BUND Hessen fordern dazu auf, das Problem nicht mehr weiter klein zu reden und durch Halbwahrheiten und nichtige Details zu verwirren. Sie fordern von der Politik eine fachöffentliche Diskussion unter Einbeziehung aller bisher bekannt gewordenen Erkenntnisse mit Beteiligung aller kritischen Wissenschaftler. Dabei sollte die Kernaussage der KiKK-Studie nicht aus den Augen verloren werden: Je näher ein Kleinkind am Atomkraftwerk wohnt, desto größer ist die Gefahr für das Kind, an Krebs und Leukämie zu erkranken. Außerdem ist zu befürchten, dass weitere Studien, die in nächster Zeit veröffentlicht werden, aufzeigen, dass Atomkraftwerke bei unseren Kindern auch vermehrt Fehlbildungen erzeugen können.

IPPNW und BUND Hessen fordern unmittelbare, amtliche und auch veröffentlichte Messungen aller radioaktiven Emissionen aus den Atomkraftwerken. Bisher messen nur die AKW-Betreiber selbst und melden lediglich gemittelte Messwerte an die Aufsichts-

behörden. Die Aufsichtsbehörden kontrollieren dann nur sporadisch und indirekt die Angaben der AKW-Betreiber. Alle dabei erhobenen Messwerte müssen veröffentlicht werden und der allgemeinen Forschung zur Verfügung stehen. Gerade eine systematische Analyse von Messwert-Spitzen könnte zur Ursachenaufklärung entscheidend beitragen.

IPPNW und BUND Hessen fordern, den AKW-Betrieb sofort zu stoppen, bis alle Ursachen der vermehrten Krebserkrankungen in AKW-Nähe restlos aufgeklärt sind. Jegliche Tendenzen zu Laufzeitverlängerungen sind zu unterbinden. Die Politik muss endlich handeln. Die betroffene Bevölkerung, die im Umkreis von 50 km um Atomkraftwerke wohnt, muss sachlich korrekt über das erhöhte Erkrankungsrisiko aufgeklärt werden.

IPPNW und BUND Hessen fordern den umgehenden Einstieg in eine verschärfte Grenzwertdebatte mit einer fachöffentlichen Diskussion und unter Einbeziehung aller Forschungsergebnisse der Strahlenbiologie, die besonders in der Beurteilung der Strahlenschutz-Kommission eine nur untergeordnete Rolle spielen. Grenzwerte dürfen sich nicht nur auf gesunde Erwachsene beziehen, sondern müssen in Zukunft auch die erhöhte Strahlensensibilität der Embryonen, Feten und Säuglinge berücksichtigen.

Mitglieder werben Mitglieder - Machen Sie mit!

Abschnitt bitte ausschneiden und einschieken an:

BUND • Am Kölnischen Park 1 • 10179 Berlin

Ich wurde geworben

Ja, ich mache mich für den Natur- und Umweltschutz stark und werde jetzt BUNDmitglied. Ich wähle folgenden Jahresbeitrag:

- ☐ Einzelmitglied (mind. 50 €)
- ☐ Familienmitgliedschaft (mind. 65 €)
- ☐ Schüler, Azubi, Studentin (mind. 16 €)
- ☐ Erwerbslose, Alleinerziehende Kleinrentner (mind. 16 €)
- ☐ Lebenszeitmitglied (mind. 1.500 €)

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Beruf

Geburtsdatum

Telefon

E-Mail

bitte wenden →

Wenn Sie sich für eine Familienmitgliedschaft entschieden haben, tragen Sie bitte die Namen Ihrer Familienmitglieder hier ein. Familienmitglieder unter 25 Jahren sind automatisch auch Mitglieder der BUNDjugend.

Name/Geburtsdatum

Name/Geburtsdatum

Name/Geburtsdatum

Ja, ich zahle per Einzugsgenehmigung und spare Papier- und Verwaltungskosten, die dem Umwelt- und Naturschutz zugute kommen. Bitte ziehen Sie den Betrag ab dem _____ bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

KontoinhaberIn

Konto-Nr. Bankleitzahl Bank

Datum Unterschrift (bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

Gedanken zur Nordostumgehung und Verkehrspolitik in Darmstadt

Teil 1 Dr. Karl-Heinz Stephan-Roßbach, Sprecher des Arbeitskreises Stadtentwicklung und Verkehr von Bündnis 90 / die Grünen

Die Nordostumgehung wurde Ende der 70er erfunden, als die Planeradvokaten in Kranichstein und Martinsviertel zusammen mit den Dissidenten in Stadtplanungsamt Alternativen zu den im damaligen Generalverkehrswegeplan für erforderlich gehaltenen Straßennetz suchten, das ein Autobahn-Viereck um Darmstadt vorsah und außerdem in der Stadt den Ausbau der B3 als west- und der B449 als Ost-Tangente zur Innenstadt. Widerstand der Bürger brachte diese Beschlüsse zum kippen; anstelle von B449 Osttangente durch's Martinsviertel und der Ostautobahn (zunächst stadtnah via Fasanerie – Oberfeld, später weiter draußen am Steinbrücker Teich – Bernhardsackerschneise) erschien die Trasse im Einschnitt der Odenwaldbahn vom Ostbahnhof zum Martin-Luther-King-Ring eine vernünftige Umorientierung.

Die Ende der 90er Jahre eingeleitete prozessuale Verkehrsentwicklungsplanung mit öffentlichem Forum wurde verstärkt auf Alternativen zum Kfz-Verkehr gepocht, dem Fuß- und Radwegenetz, den öffentlichen Verkehrsmitteln (auch via Park & Ride im Landkreis) wurde im damals entwickelten Handlungskonzept als ebenso bedeutend für die Mobilität eingestuft wie das Kfz-Straßen-Netz. Die Nordostumgehung war neben andern Ergänzungen des Straßennetzes eingeplant; man erhoffte sich durch sie sowohl eine komfortablere Verteilung des Kfz-Verkehrs und eine bessere Erschließung der Weststadt als auch vor allem wesentliche Entlastungen der Heinrichstraße, der innerstädtischen B26 und des Rhön-Spessart-Rings als NO Tangente vom Ostbahnhof zur B42 im NW.

Es bleibt festzuhalten, dass die Nordostumgehung keineswegs als Rückgrat der Verkehrspolitik galt, sondern nur als ein als nützlich und finanzierbar eingeschätzter Baustein unter mehreren anderen, um eine ausreichende und zugleich stadterträglichere Mobilität zu gewährleisten. Nach heutigem Wissensstand würde die Nordostumgehung aber nur den Rhön-Spessarttring spürbar entlasten, alle sonstigen Finanzierungsreserven des Stadtverkehrs (und wohl auch anderer Investitionsfelder)

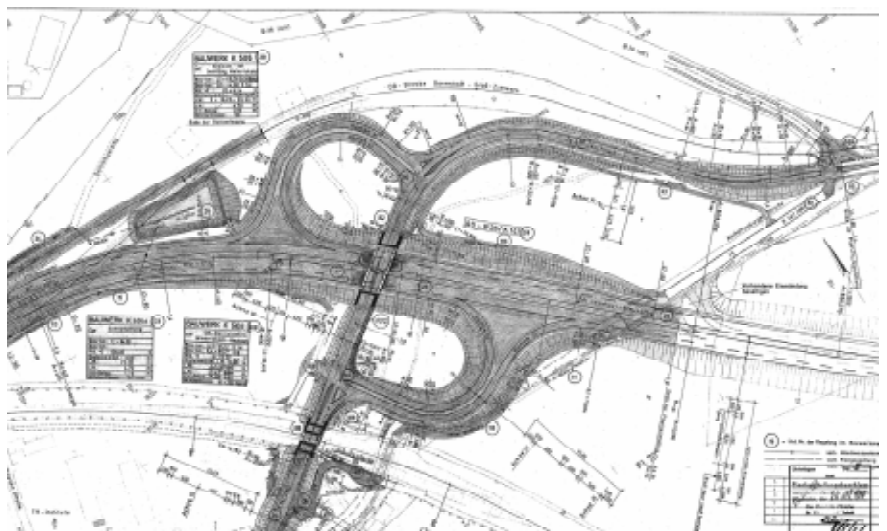


aufzuzehren; sie würde im Bürgerpark und an der Hanauer Straße zwischen dem Botanischen Garten und dem Woog das Verkehrs aufkommen und die Emissionen erheblich verstärken, die Eingriffe während der Bauzeit wären erschreckend.

Alle diese Vorbehalte werden von der Bürgerschaft und von den von ihr gewählten Stadtverordneten mit Sorge gesehen. Die Mehrheit der Stadtverordneten hält die Nordostumgehung dennoch für eine – zumindest auf längere Sicht – notwendige Investition, auch wenn sie wohl erst in 5-10 Jah-

ren in Betrieb gehen und ihre Wirkung entfalten könnte. Die derzeitige Finanzlage der Stadt (und der andern öffentlichen Hände ist allerdings kaum zu überblicken; sie erfordert wohlüberlegte und vorsichtige Prioritätensetzungen für konsequente kleine Schritte in die richtige Richtung.

Dem hat die Stadtverordnetenversammlung Rechnung getragen, indem sie zusammen mit dem Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan N59, auf dessen Grundlage die baureife Planung vorangetrieben werden soll, einen 9 Punkte Antrag beschlossen hat,



durch den dieses Projekt richtig in die Gesamtentwicklung integriert werden soll.

Das wichtigste Element hierfür wird in einer Fortschreibung der Verkehrsentwicklungsplanung gesehen, die aktuellere und differenziertere Daten benötigt, um bis 2020-25 eine Perspektive auch für erst langfristig zum Tragen kommende Maßnahmen zu erarbeiten, diese in ein Handlungsprogramm zeitlich und finanziell einzuordnen, darüber hinaus aber auch alles zu versuchen, die bestehenden Netze zu erhalten und in schnell wirksamen Übergangsschritten zu verbessern.

Dazu gehören vorrangig folgende teils kurzfristige, teils längerfristige Maßnahmen:

- die Instandsetzung maroder Fahrbahnen, um die Substanz zu erhalten sowie Erschütterungen und Lärm zu mindern, und

- eine moderatere Fahrweise, um Fußgängern das Überqueren zu erleichtern und um faires Einfädeln an Stelle von Rot-Stau und Grün-Losbrausen zu installieren.

Für eine sinnvolle Verkehrsentwicklung ist anzustreben,

- dass aus ökonomischen und ökologischen Gründen verstärkt kurze Strecken gesund zu Fuß per Rad bewältigt werden,

- dass im Übrigen verstärkt die öffentlichen Verkehrsmittel für den Berufs- und Ausbildungs- Verkehr genutzt werden,

- dass der notwendige Wirtschaftsziel- und Quell- Verkehr leistungsfähig gewährleistet wird,

- dass der ökonomisch und ökologisch problematische Luxus von durchschnittlich 1,2 Personen/Pkw halbiert wird, indem durch Fahrge-

meinschaften von durchschnittlich 2,4 Personen gebildet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung sollte dem Bürgerbegehren der Darmstädter Bürger gegen die Nordostumgehung entsprechen:

1. weil wirklich zunächst noch vieles zu erledigen ist, wie am 30.9.08 von CDU & Al-

ternativen als Begründung für eine Zurückstellung des Satzungsbeschlusses beantragt – wenn damals auch ohne eine Mehrheit zu finden.

2. weil das Bürgerbegehren ein eindrucksvolles Votum darstellt,

3. weil es die Parteien weder sich noch den Bürgern zumuten sollten, gegeneinander Wahlkampf zu führen – neben Hessen und Europa Wahl,

4. weil der Bürgerentscheid Geld- und Personalaufwand erfordern würde.

Weitere Information Nordostumgehung und Verkehrspolitik in Darmstadt:

Zur eingangs angesprochenen Planungsgeschichte siehe Seite 164-166 Planungen für die Ostautobahn A 91 in Kranichstein, Geschichte eines Stadtteils, Reba Verlag DA 1993.

www.darmstadt.de

Internetpräsenz der Stadt Darmstadt mit vielfältig aufgefächerten Informationen über Kompetenzen und Aktivitäten; besonders lohnt sich bei Fragen zum Planungsgeschehen das Weiterblättern in den Kapiteln <POLITIK VERWALTUNG> und <WIRTSCHAFT UMWELT PLANUNG VERKEHR> <http://www.darmstadt.de/wirtschaft/>



index.html sowie im <PARLAMENTS-INFORMATIONSSYSTEM> <https://darmstadt.more-rubin1.de>

www.vep.darmstadt.de/kontakt Impressum.php

Informationen zur Verkehrsentwicklungsplanung über die Bemühungen in einem Forum das mit Vorbereitungsarbeiten ca. 1998 < 2004 lief und verknüpft mit der Arbeit am Flächennutzungsplan an einer Perspektive für 2015 und darüber hinaus arbeitete und in einem Handlungskonzept bis 2015 mündete, das auch von den städtischen Gremien akzeptiert wurde.

www.nordostumgehung.de

Die Internetpräsenz der Bürgerinitiative Darmstadt Ohne Nord Ost-„Umgehung“

<http://www.ivda.de/>

Die Internetpräsenz des Innovative Verkehrssysteme Darmstadt e. V. unter dem Top Themen findet sich eine Stellungnahme des IVDA zur Nordostumgehung.

http://vorort.bund.net/darmstadt/projekte/projekte_66/projekte_11.htm

Internetpräsenz des BUNDS Darmstadt mit den Positionen des BUND zur Nordostumgehung.

**Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und
Stadtreinigung der Stadt Darmstadt (EAD)**

Hotline (0,09 €/Min.)
0 18 03/13 33 10

Altpapier-Behälter

- 120 l, 240 l, 1.100 l
- 14-tägige Leerung
- Aufstellung und Leerung der Behälter für Privathaushalte ohne zusätzliche Gebühr

Bestellung beim



EAD Niersteiner Straße 6,
64295 Darmstadt,
Fax 13 33 88, e-mail: ead@darmstadt.de,
Internet: www.ead.darmstadt.de



- jetzt auch 120 l -

Monatliche Termine

BUND Darmstadt

Jeden vierten Montag des Monats offenes Treffen um 20 Uhr im BUNDtreff, Lauteschlägerstraße 24 im Martinsviertel, Kontakt Hanna Wittstadt, Fon 06151 9676559, bund.darmstadt@bund.net, www.bund-darmstadt.de; Termine: Homepage beachten!

BUND Odenwald

Monatliche Treffen des BUND Odenwaldkreis: zu erfragen bei Harald Hoppe 06163 922175.

ADFC Darmstadt

Jeden Dienstag von 17.30 bis 19 Uhr im Fahrradbüro, Eingang Fahrradstation im Darmstädter Hauptbahnhof, Am Fürstenbahnhof 5, 64293 Darmstadt. Infos bei Jörg Urban, Fon 06151 933153, vorstand@adfc-darmstadt.de, www.adfc-darmstadt.de Bitte beachten Sie das aktuelle Radtourenprogramm!

01 - 2009

Amphibien in Darmstadt – erkennen und schützen • BUND, vhs DA • Dienstag, 20. Januar, 19:30 Uhr

Noch sind unsere heimischen Amphibien – Frösche, Kröten, Unken, Molche und Salamander – in der Winterstarre, bald aber machen sie sich wieder auf den Weg zu ihren angestammten Laichgewässern. Der Vortrag stellt in Darmstadt und Umgebung vorkommende Arten vor, beschreibt ihre Lebensweise und erläutert notwendige Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen für diese interessanten Tiere. Stefan Spiekermann, Heather Krehbiel; vhs – Justus-Liebig-Haus, Raum 11

Was sind und tun eigentlich Umwelt- und Naturschutzverbände? • BUND, vhs DA • Dienstag, 27. Januar, 19:30 Uhr

Vorgestellt werden verschiedene, auch in Darmstadt vertretene überregional tätige Umwelt- und Naturschutzverbände und deren Unterschiede in Schwerpunktthemen, Organisationsformen und Arbeitsweisen. Nicht nur die Pflege von Natur und Landschaft, Kröten über die Straße tragen oder Exkursionen stehen in deren Programm sondern auch umweltpolitische Stellungnahmen zu Planungen und Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild, Aktionen zur Förderung der Abfallvermeidung, des Wasser- und Energiesparens und dergleichen mehr, das der Vision dient, saubere Luft, sauberes Wasser und gesunden Boden wiederzuerlangen und dort, wo diese Naturgüter noch erhalten sind, zu bewahren. Hanna Wittstadt, Ulrike Moser, Niko Martin und andere; vhs – Justus-Liebig-Haus, Raum 11

03 - 2009

Klima auf der Kippe - Wege aus der Krise • BUND, vhs DA • Dienstag, 3. März, 19:30 Uhr

Unser Klima steht auf der Kippe. Im letzten Jahrhundert stieg die Durchschnittstemperatur um ca. 0,7 Grad an. Das klingt wenig, ist aber ein großer Unterschied: Ein Temperaturunterschied von nur rund vier Grad trennt uns von der letzten Eiszeit vor 12.000 Jahren. Schon bei einem weiteren Temperaturanstieg um etwas mehr als ein Grad drohen unumkehrbare Schäden für das Klimasystem. Wie schnell sich die Erde weiter erwärmt, hängt davon ab, wie die Menschheit auf den Klimawandel reagiert, den sie selbst verursacht hat.

Im Vortrag werden die wesentlichen Zusammenhänge der Klimaänderung sowie deren Ursachen und Auswirkungen dargelegt. Es wird gezeigt, welche Potenziale zur Einsparung von Treibhausgasen in Industrie und privaten Haushalten vorhanden sind und wie durch ein Bündel von Maßnahmen das wichtigste

Veranstaltungen für Kinder

BUND Umweltkindergruppe Darmstadt

Wer zwischen fünf und zehn Jahre alt ist und Lust hat, die Natur zu erforschen, im Wald zu spielen, mit Naturmaterialien zu basteln oder gesunde Sachen zu kochen, ist richtig bei der Kindergruppe des BUND Darmstadt. Weitere Infos und Anmeldung bei: kinderumweltgruppe@web.de www.kinderumweltgruppe.de

Angebote im Rahmen des Umweltdiploms

Termine und Angebote siehe unter www.bund-darmstadt.de im Bereich > Kinder > Umweltdiplom.

Stichworte: Amphibien, bunter Frühling, Wolle filzen, Wasserleben erforschen, Wildbienenhotels bauen, Wespen und Hornissen und ein Eidechsenbiotop bauen

Einladung Jahresversammlung BUND Darmstadt, Montag, 23. März 2009, um 20 Uhr im BUNDtreff Darmstadt

Treibhausgas CO2 eingespart werden kann. So erfahren wir, was in Deutschland zu tun ist und welche Lösungen es gibt, um die schlimmsten Folgen der Klimaveränderung noch abzuwenden.

Werner Brinker, vhs – Justus-Liebig-Haus, Raum 11

Die Kröten wandern wieder - Ein Sonntagsspaziergang • BUND, vhs DA • Sonntag, 15. März, 14:30 – 16:30 Uhr

Von Februar bis April, bei manchen Arten auch etwas später, finden die Frühjahrswanderungen der Frösche, Kröten und Molche statt. Neben der Lebensweise der im Gebiet vorkommenden Amphibien werden verschiedene Schutzmaßnahmen erläutert, damit die Tiere nicht von Autos überfahren werden. Erklärt wird auch, warum es verboten und auch sinnlos ist, die Tiere der Natur zu entnehmen, um sie in den eigenen Garten zu setzen.

Ute Mohr, Hanna Wittstadt ; Treffpunkt: Kleyerstraße vor dem Postverteilzentrum

Umwelt contra Wirtschaft? • BUND, vhs DA • Dienstag, 17. März, 19:30 Uhr

Der Schutz unserer Umwelt und die Entwicklung der Wirtschaft stehen in einem fundamentalen Widerspruch zueinander. Einerseits benötigen wir nach gängiger Lehrmeinung eine permanent wachsende Wirtschaft, um das soziale Gleichgewicht der Gesellschaft zu erhalten, andererseits ist unsere Umwelt schon heute überbeansprucht und droht bei weiteren Belastungen zu kollabieren, wie unter anderem die aktuelle Klimaproblematik zeigt.

In dem Vortrag werden Antworten auf die Frage gesucht, wie stark unsere Umwelt tatsächlich schon belastet ist und welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um das Schlimmste noch zu verhindern. Wir werden untersuchen, warum unsere Wirtschaft ein fortdauerndes Wachstum benötigt und welche Antriebe dahinter stecken. Daraus lassen sich anschließend Maßnahmen ableiten, die zu einer stabilen Wirtschaft führen.

Werner Brinker, vhs – Justus-Liebig-Haus, Raum 11

PRIVATE KLEINANZEIGEN

Rügen, 2 große 4-Sterne-FERIENWOHNUNGEN bis 6 Personen mit Kanu und Fahrrädern: Familienfreundliche Ferienwohnung am Naturschutzgebiet Schoritzer Wiek in Süd-Rügen. Rastplatz vieler Wildvögel. Fahrräder inclusive Info unter www.ruegenimpression.de Tel. 0212 499494

Kindergruppe Darmstadt: für Kinder von 5 bis 10: Treffen 1 x in der Woche. Es sind noch Plätze frei! Gretel Steffen, Fon 06151 3978654, friedagreta@gmx.de und Romy Schnölzer, Fon 0179 5032032, kinderumweltgruppe@web.de www.kinderumweltgruppe.de

Kein Geschirr zum Fest? Energie-Räuber? dann schauen Sie dort: www.bund-darmstadt.de >Service

Agenda 21 Darmstadt www.agenda21.damstadt.de
 Hier erfahren Sie alles zu Energiesparen und Förderprogrammen. Schauen Sie mal rein. Außerdem können Sie sich ehrenamtlich in Themengruppen mit interessanten Leuten für eine nachhaltige Stadt engagieren.

Wohnen im Passiv-Energie-Haus - Eine 2-stündige geführte Besichtigung mit Vortrag • BUND, vhs DA • Samstag, Samstag, 28. März, Beginn 15 Uhr (bis 17 Uhr)

Vor dem Hintergrund des Klimaproblems ist gerade beim Bauen und Wohnen die Einsparung von Energie (über-) lebensnotwendig. Die Besichtigung zeigt, dass Häuser wie das vorgestellte, das fast ohne Heizung auskommt, schon längst zum Standard einer ökologisch orientierten Planung gehören. Gezeigt und erläutert werden Erdgeschoss, Technischeinrichtungen und Außenanlagen mit Einzelheiten wie Lüftungssystem und Wärmeschutzsuperverglasung. Kristin und Jürgen Militzer, DA-Kranichstein, Carsonweg 80 • Kostenbeitrag pro Person 5 Euro, verbindliche Anmeldung erbeten! Fon 06151 37931 oder brigitte.martin@bund.net.

04 - 2009

Bunter Frühling im Park Rosenhöhe - Ein Sonntagsspaziergang • BUND, vhs DA • Sonntag, 5. April, 14:30 - 16:30 Uhr

Bei diesem Sonntagsspaziergang gilt es, Tiere und Pflanzen am Wegesrand der Parkanlage zu entdecken und einiges über deren Lebensraum zu erfahren. Wie sind sie durch den Winter gekommen? Wie sehen die Überwinterungsstrategien der früh im Jahr blühenden Pflanzen aus? Welche Bäume und Sträucher wachsen dort? Wie kann ich diese unterscheiden? Sind sie auch für den Garten geeignet? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des unbeschwerlichen Rundgangs. Brigitte Martin, Erik O. Martin;

Treffpunkt: Wolfskehlstraße, Parkeingang am Eingang Thießweg/Ecke Erbacher Straße, gegenüber Ostbahnhof

Alte Bäume im Darmstädter Ostwald - Eine unbeschwerliche Fahrradexkursion • BUND, vhs DA • Sonntag, 10. Mai, 14:30 - 17:00 Uhr

Treffpunkt: Bernhard-Sälzer-Platz am Eingang zum Park Rosenhöhe vor dem Löwentor

Der Ruthsenbach zwischen Oberwaldhaus und Arheilgen - Eine unbeschwerliche Fahrrad-Exkursion • BUND, vhs und ADFC DA • Sonntag, 17. Mai, 14:30 bis 17:30 Uhr

Treffpunkt: Dieburger Straße, Bushaltestelle Oberwaldhaus am Steinbrücker Teich



naturnahe Gärten

lebendige Vielfalt - gestalten und pflegen

Weiterstädter Straße 74
 64291 Darmstadt
 tel 06 151 - 37 30 96
 fax 06 151 - 37 34 02

Jürgen Schmidt

kontakt@lebendige-vielfalt.de | www.lebendige-vielfalt.de

helios energy consult

Beratung zum Energieverbrauch, zu Fördermitteln,
 zu erneuerbaren Energiequellen
 und zum effizienten Umgang mit Energie

Ing.-Büro
Werner Brinker
 Dipl.-Ing.

Evenaristraße 32
 64293 Darmstadt
 Tel.: 06151 318156
 Mobil: 01577 4079526
 E-Mail: werner.brinker@gmx.de
www.helios-energy-consult.de

ÖKO logischer WEIN handel

Hans-Jürgen Montag

Georg-Spengler Str. 23
 64291 Darmstadt-Arheilgen
 Fon: 06151 - 37 37 84
 Fax: 06151 - 352 80 68
montag@oekowein-rheinmain.de
www.oekowein-rheinmain.de



Ich berate Sie gerne zu allen Fragen
 rund um den Wein.

Öffnungszeiten Freitags 15.00 bis 19.00 Uhr
 oder nach Vereinbarung. **Auslieferungen** jeden
 Donnerstag und Samstag.

Regelmäßig **Weinproben**, auch bei Ihnen.
 Beratung und Begleitung Ihrer Feiern
 oder Veranstaltungen.

Wein und Sekt in Kommission.
 Weinliste als Katalog oder als Datei anfordern.
 Probeflaschen liefern wir Ihnen frachtfrei aus.
 Ca. 1000 Ökoweine von 100 Winzern aus 12 Ländern.

ä ü
 ö ð
 ö ü
 ä
 ü ü



VCD Bundesverband
Kochstraße 27
10969 Berlin
Tel. 030 280351-0
Fax 030 280351-10
mail@vcd.org
www.vcd.org

VCD bundesweit:
24-Stunden-Notrufzentrale
(VCD-GoCard)
Tel. 01805 290390

VCD Hessen e. V.
Umwelthaus Kassel
Wilhelmsstr. 2
34117 Kassel
Tel. 0561 108310
hessen@vcd.org
www.vcd.org/hessen

VCD Darmstadt-Dieburg e.V
Uwe Schuchmann
Baustraße 42
64372 Ober-Ramstadt
Tel. 06154 51851
Fax 06154 631508
VCD.Darmstadt-Dieburg@gmx.de
www.vcd.org/darmstadt.dieburg

Spendenkonto VCD
Vereinigte Volksbank Maingau eG
BLZ 505 613 15 • Konto 59 000 26

ProFutura

<http://www.profutura.net>

Der Internetservice des BUND Hessen rund um den Frankfurter Flughafen

- Informationen • Schallschutz für alle
- Einwendungen leicht gemacht

Radar

Radio Darmstadt

103,4 MHz

Kabel Darmstadt 102,75 Groß-Gerau 97,0 MHz

HörerInnen-Tel.: 06151 8700-100

HörerInnen-Fax: 06151 8700-111

Steubenplatz 12, 64293 Darmstadt

Internet: <http://radiodarmstadt.de>



ADFC-Bundesverband
ADFC e.V., Postfach 10 77 47, 28077 Bremen
Tel. 0421 34629-0
Fax 0421 34629-50
kontakt@adfc.de
www.adfc.de

ADFC Hessen e.V.
Eschenheimer Anlage 15, 60318 Frankfurt
Tel. 069 4990090
Fax 069 4990217
buero@adfc-hessen.de
www.adfc-hessen.de

ADFC Darmstadt e.V.
Am Fürstenbahnhof 5, 64293 Darmstadt
Tel. 06151 292368
Fax 06151 3607450
adfc-vorstand@ADFC-Darmstadt.de
www.ADFC-Darmstadt.de
Treffen: dienstags 17.30 bis 19 Uhr
Fahrradbüro Eingang Fahrradstation im Hbf
ADFC Gruppe Dieburg/Groß-Umstadt
Roland Gürtler
Tel. 0 6078 789571
Guertler@ADFC-Darmstadt.de
Treffen: jeden 1. Dienstag im Monat
ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Pajaro Negro“, Am Bahnhof 6, Dieburg

ADFC Radlertreff Tannenberg
Xavier Marc
Tel. 06257 86303
Marc@ADFC-Darmstadt.de
Treffen: jeden 1. Freitag im Monat
ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Löwen“, Bergstr. 7, Seeheim

ADFC Kreisverband Bergstraße
Thomas Bierbaum, 1. Vorsitzender
Mainstr. 79, 64625 Bensheim
Tel. 06251 39581
piti.thomas@t-online.de
www.adfc-bergstrasse.de

ADFC Radlertreff Bensheim
Treffen: jeden 1. Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr in der Pizzeria Präsenzhof, Bahnhofstraße

ADFC Rüsselsheim e.V.
Mario Schuller, 1. Vorsitzender
Berliner Platz 19, 65428 Rüsselsheim
Tel. 06142 920763
info@adfc-ruesselsheim.de
www.adfc-ruesselsheim.de
Treffen: jeden 1. Dienstag im Monat außer im Februar & August
19 Uhr, Restaurant „Hotel Europa“, Marktplatz 1, Rüsselsheim

Radlerinitiative Mühlthal/Ober-Ramstadt
Christel Erbach • Tel. 06154 52413
Terra-kotta@web.de
Treffen: jeden 3. Montag im Monat,
20 Uhr, Restaurant „Osteria No.1“
Nieder-Ramstädter Strasse 83, Ober-Ramstadt

„Die Radler“ Roßdorf
Sigi Grunwald • Tel. 06154 624543
sigi.grunwald@gmx.de
Treffen: jeden Mittwoch vor dem 3. Sonntag im Monat, 20 Uhr, Restaurant „Alt Roßdorf“
Erbacher Str. 4, Roßdorf

Spendenkonto ADFC Darmstadt e.V.
Sparkasse Darmstadt • BLZ 508 501 50
• Konto 638 371



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

BUND e.V. Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 275864-0
Fax 030 275864-40
bund@bund.net
www.bund.net

BUND Hessen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Triftstr. 47, 60528 Frankfurt
Tel. 069 677376-0
Fax 069 677376-20
bund.hessen@bund.net
www.bund-hessen.de

BUND Mitgliederverwaltung Hessen
Tel. 069 677376-10
BUNDjugend Hessen
Triftstr. 47, 60528 Frankfurt
Tel. 069 677376-30
Fax 069 677376-20
bundjugend.hessen@bund.net
bundjugendhessen.de

BUNDkontakt überregional
Brigitte Martin, Dreieichweg 11, 64291 Darmstadt
Tel. 06151 37931
Fax 06151 37934
brigitte.martin@bund.net

BUND OV Darmstadt
Hanna Wittstadt
Anna-Beyer-Weg 2, 64289 Darmstadt
Tel. 06151 9676559
hanna.wittstadt@bund.net
www.bund-darmstadt.de
www.kinderumweltgruppe.de

BUNDtreff Darmstadt
Lauteschlägerstr. 24, 64289 Darmstadt
Treffen: jeden 4. Montag des Monats, 20 Uhr

BUNDgeschirrverleih
Ulrich Kroeker, Untere Mühlstr. 35/HH
64291 Darmstadt-Arheilgen
Tel. 0175 1531409
ulrich.kroeker@bund.net

BUND KV Odenwald
Dr. Susanne Scholz
Sandbergstraße 1 a, 64739 Höchst
Tel. 06163 828404
bund.odenwald@bund.net • www.bund-hoechst.de

BUND KV DA/DA-DI
Hauptstr. 11, 64832 Babenhausen
Tel. 06073 8247
Fax 06073 980684
bund.darmstadt-dieburg@bund.net
www.bund.net/darmstadt-dieburg

BUND KV Bergstraße
Georg Niedermayer
Untere Gartenstr. 3 64646 Heppenheim
Tel. 06252 3677
Fax 06252 5189
bund.bergstrasse@bund.net
www.bund-bergstrasse.de

BUND KV Groß-Gerau
Beatrix Zitzkowski
Flughafenstr. 128, 64546 Mörfelden-Walldorf
Tel. 06105 6369
Fax 06105 454856
mail@bund-kv-gg.de
www.bund-kv-gg.de

Spendenkonto BUND Hessen
Frankfurter Sparkasse • BLZ 500 502 01
• Konto 369 853 • Verwendungszweck: Spende
ggf. für ein bestimmtes Projekt, OV, KV oder AK



BIO-LADEN Arheilgen

Inhaberin: Tatjana Weber

Untere Mühlstraße 11
64291 Darmstadt
Fon 0 61 51 59 99 36

Montag - Freitag 9 – 13 Uhr
& 15 – 18.30 Uhr
Samstag 8.30 – 13 Uhr

→ Wir drucken für Sie

Briefpapier, Visitenkarten, Flyer,
Zeitungen, Plakate, Handzettel,
Broschüren, Farblaserdrucke,

... alles auf Papier

Von der Gestaltung bis zum Versand –
voller Service für Ihre Drucksachen!

Sieger beim Bundeswettbewerb Familienfreundlicher Betrieb 2000



Druckwerkstatt Kollektiv Offsetdruck & Verlag GmbH

Feuerbachstraße 1 · 64291 Darmstadt
Telefon 06151-373986 · Fax 373786
e-mail: druckwerkstattkollektiv@t-online.de
http://www.druckwerkstattkollektiv.de

FÜR MITDENKER UND SPARFÜCHSE

GGEW Öko^{PLUS}

Umweltbewusst handeln und sparen?
Jetzt geht beides:
Mit dem Öko^{PLUS} Tarif der GGEW AG!

Mehr Informationen unter www.ggew.de
oder Telefon (06251) 1301-450,
Mo.-Fr. 8 bis 18 Uhr



Suchen Sie sich die günstigsten
Ökostrom-Anbieter ohne Vorkasse für Südhessen:
Unabhängig vergleichen auf www.verivox.de

Mitdenken. Verantwortung übernehmen. Wechseln.

Hier werden Sie auf dem Laufenden gehalten
**Gemeinsam gegen Flughafenausbau –
für eine l(i)ebenswerte Region!**



Aktion gegen Flughafen-Ausbau
www.zukunft-rhein-main.de



Bündnis der Bürgerinitiativen
Kein Flughafenausbau.
Für ein Nachtflugverbot
von 22.00 bis 6.00 Uhr.



www.flughafen-bi.de

Zukunft Rhein-Main – Initiative
der Landkreise, Städte und Ge-
meinden aus dem Rhein-Main-Ge-
biet und des BUND für eine lebens-
werte Region – gegen den Ausbau
des Frankfurter Flughafens



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

www.bund-hessen.de

ProFutura

www.profutur.net

Der Internetservice des BUND Hessen rund
um den Frankfurter Flughafen

Flughafenausbau: •Informationen,
Fluglärm: •Fluglärm-Monitor, •Flug-
lärmbeschwerden online, •Beschwerde-
statistik, •Schallschutz für alle
Service: •Kontakte vor Ort, •Links, •per-
sönliche Registrierung

Einkufen in Südhessen hat einen Namen:

www.shoptimal.de

Das Shop-System:
Universell für alle Branchen

Die Shopping Mall:
Einkufen von Null bis 24 Uhr



NetzWerkPlan

Gesellschaft für digitale Kommunikation und neue Medien mbH
Heidelberger Landstraße 31 · 64297 Darmstadt
tel 0 61 51 - 53 83 00 · fax 0 61 51 - 53 83 09
www.netzwerkplan.de - info@netzwerkplan.de

Fahrräder Fahrradzubehör
Fotos Videos Multimedia
Party-Bedarf Zauberartikel
Spielwaren Modeschmuck
Büromaschinen Stempel
Bücher Astronomiegeräte
Küchenbedarf Porzellan
Glas Antiquitäten Möbel
Designerartikel Zinn Tee
Gewürze Naturkost Wein
Feinkost Geschenkartikel